

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonabend, den 11. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgrößte Kolonelle ober deren Raum 40 Bg., für politische und gewerkschaftliche Vereine und Vereinstellungen 25 Bg., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Wohnort: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ersteht täglich außer Montags.

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- All-Berlin, Beitrag v. sozialdemokr. Verein 30,—, Kassen, D. S. 10,—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 1300,— (darunter ameril. Kasse in Gosen 5,80, Bau Anhaltstr. 12, 8. Rate 10,50, 9. Rate 8,75, 10. Rate 8,75, 11. Rate 6,50, A. Dallmeyer durch Kante 3,25, geistliches Beisammensein des 31. und 32. Bezirks 1,55, unbekannt durch Joh. Schmidt 3,00), 4. Kreis Ost 2000,— (darunter Neujahrsgehalt H. Jakob 1,—, amerikanische Kasse Lotteriestub „Niete“ bei Kasse, Gubenerstr. 6 10,—), 4. Kreis Südost 2000,— (darunter Teilbetrag der „Vorwärts“-Leser 5,—, Kasse eines Pfells 2,—, Grotz 1,10), 6. Kreis 5000,— (darunter Regellub „Röder“ 1,—, A. B. Witter 1,—, alter Genosse Schönhäuser Allee 10,—, Kranzüberreichung Bezirk 557 u. 558, 3,—, S. G. 5,—, 14,—), Berlin, diverse Beiträge: Dr. L. H. 100,—, Madetes 5,—, J. J. 1,—, Durch S. Stamisch, Auskunfter, an zwei Zeitpiger Kerze 20,—, Ein Parteibeitrag aus Deutsch-Südwestafrika 5,—, R. S. 5,—, Zur Wiedererwerbung verlorener Rechte 10,—, R. G. Parteibeitrag 1905 20,—, Rode 3,—, S. H. M. 5,—, L. u. S. 10,—, Ueberkauf der Böhmischen Bierkaffe 50,—, Puntion zum Kampfe für Wahrheit u. Recht 4,—, S. E. 100,—, A. B. 100,—, Die Kontostuhlarbeiter v. Wedding 5,—, Bernburg, v. 2. anhalt. Wahlkreis 25,—, Breslau, sozialdem. Verein 200,—, Bremen, S. G. 10,—, Bern 50,—, Beuthen (Oberschl.) v. Parteigenossen 2,50, Cassel-Melungen, Wahlkr., sozialdemokr. Verein 50,—, Charlottenburg, R.-r. 2,—, Köln a. Rh., v. sozialdemokr. Verein f. d. Reichstags-Wahlkr., Köln-Stadt u. G.-Land 150,—, Crefeld, sozialdemokr. Volksverein 100,—, Erlangen, v. Wahlverein 4. Quartal 04 10,—, Ebersbach b. Eßlau, 2. sächs. Reichstags-Wahlkreis 50,—, Eberfeld, Wahlkr. Eberfeld-Barmen 1000,—, Erfurt, Wahlkr. Erf.-Schl.-Niegern. 25,—, Fallenberg (Oberschl.) 2,—, Friedrichsloog, A. S. 10,—, Girsch, Wahlverein 20,—, Gotha, durch den Vertrauensmann 30,—, Grotzen, S. 20,—, Hanau-Gelnhausen-Deb., Wahlkreis 100,—, Heßen (Großherzogt.), Landesorganisation 500,—, Hamburg, Beitrag der Kaimarken 1904, Verein der Richter vom öffentlichen Justizwesen 73,—, Hamburg, in der Expedition des „Hamburger Echo“ im Monat Januar eingegangen 184,75, Königsberg i. Pr., I. Quart., 1905 100,—, Kattowitz (Oberschl.), v. sozialdemokr. Verein 5,—, London, E. S. 26,—, Landesh.-Zaver i. Schl., Wahlverein 20,—, Ludenwalde, Rufus 5,—, Ludenwalde v. sozialdemokr. Wahlverein 50,—, Mannheim, sozialdemokr. Verein 200,—, München, Gau Südbayern, 4. Quart. 1904 148,12, Magdeburg, v. sozialdemokr. Verein 300,—, München, Waldläufer 5,—, Nürnberg, Beitrag für 1905 von B. R. 4,—, Nürnberg, sozialdemokr. Verein Nürnberg-Altendorf, 2. Halbjahr 1904 510,— (dar. Vorschlagsb. Höder 5,—, v. d. Flugblatt-Verbreitern zur Herbstfeste b. Reinhard 5,—), Nürnberg, v. Gau Nordbayern, 2. Halbjahr 1904 898,27, Nürnberg, G. Utinger 5,—, St. Germain 3,—, Sa. 8,—, Kiefern, Arbeiterwahlverein 5,—, Oberstein a. d. Rabe, Volksverein, 4. Quart. 1904 10,57, Pottschappel, 6. sächs. Reichst.-Wahlkr. 1500,—, Peterstalldau i. Schl. v. Wahlverein durch A. Kühn, Oberlangensielau 18,—, Peilau, v. Wahlverein, 3. u. 4. Quartal 1904 10,—, Rawitsch-Gostin, v. Wahlverein, 3. u. 4. Quartal 1904 6,—, Rawitsch, ameril. Kasse des Weihnachtsbaumes 6,05, Ronndorf, allgemeiner Arbeiterverein, 4. Quartal 1904 25,—, Reichenbach i. Schl., v. Wahlverein durch A. Kühn, Oberlangensielau 20,—, Rigdorf, Parteifasse der Arbeiter von Pardemann 25,—, Stuttgart, G. II. 10,—, Schweinfurt, sozialdemokr. Verein 10,—, Straßburg i. G., Altwater 5,—, Schwab. Ringgröden 20,—, Solingen, durch das Kreiskomitee 60,—, Schwelm, sozialdemokr. Verein 70,—, Sulz (Oberschl.) Rückst. 20,—, Striegau, durch A. 97,75 (davon Striegau 30,—, Schweidnitz 34,65, Freiburg i. Schl., 17,—, Pilgramsdain 9,50 und Pöschel 6,60), Tangentmünde, D. P. 4,90, Triberg, Arbeiter-Wahlverein 3. und 4. Quartal 1904 10,—, Teltow-Beeslow-Charlottenburg, sozialdemokr. Zentral-Wahlverein, Nov. u. Dez. 200,—, Januar 230,—, Sa. 450,—, „Vorwärts“-Ueberkauf v. 4. Quartal 1904 21 859,85, „Wahrer Jakob“, 4. Quartal 1904 5000,—, Waldenburg i. Schl., sozialdemokr. Arbeiterverein des Kreises Waldenburg 100,—, Württemberg 300,—, Zeitz, Wahlkr. Zeit-Weichenfeld-Raumburg 200,—, Jabrze (Oberschl.), von den Parteigenossen 10,—, Berlin, den 10. Februar 1905.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstraße 68.

Ein Puttkamer.

Ein Kapitel preussischer Schulgeschichte.

Am 11. Februar sind fünfundsiebenzig Jahre seit der berühmten „Aschermittwochrede“ des preussischen Kultusministers von Puttkamer — allgemeiner bekannt durch seinen verunglückten Versuch einer Reform der deutschen Rechtschreibung — verfloßen, und die pädagogische Presse benützt diesen Anlaß, um die Ereignisse jener Zeit wieder aufzufrischen. Mit Recht, denn das preussische Volksschulwesen ist in den letzten dreißig Jahren so wenig vorwärts geschritten, daß irgend eine reaktionäre Episode der Vergangenheit fast stets auch ihr Gegenstück in der Gegenwart findet. Gerade in der jetzigen Zeit der angeblichen Rückwärtsentwicklung und Verpöpfung der Volksschulziele mutet die Erinnerung an Puttkamer und seine echt junkerliche Offenheit und Unberechenbarkeit nahezu zeitgemäß an.

Die preussischen Lehrer versäumen bei dieser Gelegenheit nicht, dem Vorgänger Puttkamers, Falk, einige satzige Tränen frommer Nüchternheit und Dankbarkeit zu widmen. In Wirklichkeit haben sie dazu keinen Anlaß. Die Lehrer verraten damit nur ihre ungeheure Bescheidenheit in den Ansprüchen an den leitenden Mann des Schulwesens und ihre große Rauberei. Falk war vor seiner kultusministeriellen Tätigkeit Jurist und Verwaltungsbeamter ohne irgendwelche pädagogischen Spezialkenntnisse gewesen, wie das ja in Preußen allgemein üblich ist. Aber Falk war außerdem ein glatter Diplomat, der sich gern mit unverbündlichen liberalen Redensarten drapierte, und

da derartiges seit Jahrzehnten in Preußen nicht mehr dagewesen war, so „erward“ sich Falk durch seinen „Scheinkonservatismus“ im Sandumdrehen das „Vertrauen“ der genügsamen Volksschullehrer. Veinabe noch schlimmer als diese entschuldbare Leichtgläubigkeit ist die Tatsache, daß die tonangebende liberale Lehrerschaft bis auf den heutigen Tag an ihrer kompromittierenden Fall-Verehrung festhält.

Falk hinterließ das preussische Schulwesen keineswegs in einem geordneten Zustande. Wer näheres darüber erfahren will, lese die geradezu vernichtenden Kapitel über die Fallsche „Kera“ in Eduard Saas' „Schlaglichter zur Volksbildung“. Saas faßt sein Urteil dahin zusammen: „Herrn Falk ist es, wie keinem anderen Minister vor ihm, gelungen, die Mehrheit der Lehrer von ihrem idealen Ziele abzudrängen. Nicht mit Absicht; denn von den Idealen des deutschen Lehrerstandes hatte er keine Ahnung. Durch seine Versprechungen berückte er sie, die so lange ohne Hoffnung gewesen; durch seine Kulturkampfreden machte er die Lehrer glauben, er sei ein genialer Mann, er habe das Zeug zum Reformator und werde sie endlich von der geistlichen Notmäßigkeit befreien; durch seine Geldspenden, so dürftig sie waren, machte er einen Teil dankbar, einen anderen begehrlich und alle furchtsam. . . Da wir Herrn Falk keinen nennenswerten Fortschritt zu verdanken haben, so war es geradezu sinnlos, nach seinem Abgange von dem hereinbrechen einer neuen großen Reaktion auf dem Gebiete des Schulwesens zu sprechen.“

In der Tat besteht der Unterschied zwischen der Fallschen und der Puttkamerschen Schulreaktion darin, daß sich die letztere gerade so offen gab wie sich die erstere hinter den spanischen Wänden eines Scheinkonservatismus zu verbergen verjucht hatte. Und da ein offener Feind meistens weniger gefährlich ist als ein versteckter, so sind die lärmenden Versuche, Puttkamer herabzusetzen, ebenso wenig am Platze wie die Jubelhymne über Falk.

Puttkamer hat von Anfang an über seine reaktionären Schulpläne keinerlei Zweifel gelassen. Er hat in seinen Reden niemals aus seinem junkerlichen Herzen eine Würdiger gemacht. Er hat mit anerkennenswerter Offenheit all die Verachtung der Volksschule und Volksschullehrer, die hochmütige Geringschätzung der Volksschullehrer, die schamlose Unterschätzung der Wissenschaft, wie das alles das ostentative Junkertum auszeichnet, ausgesprochen und dadurch der Agitation gegen das Bildungselend in Preußen wertvollere Handhaben geschaffen als Falk durch seine scheinbare „Hebung“ der preussischen Volksschule. Sein Schulprogramm legte er 1879 im Reichstage in diesen Worten dar: „Der Staat kann zu einer dauernd sittlich-religiösen Volkserziehung der mächtigen und wirksamen Hilfe (der Kirche) nicht entbehren. Die Kirche andererseits kann die ihr obliegende hohe Heilsaufgabe für die Menschheit nur halb erfüllen, wenn sie aus der Schule verdrängt wird oder wenn sie sich schamollend von ihr zurückzieht.“ Dieser Satz künnte auch als Motto die gegenwärtigen Schulkompromißbestrebungen zieren.

Am offeneren gingsten geberdete sich Puttkamer in der Aschermittwochrede vom 11. Februar 1880. Mit seltenem Zynismus nahm hier ein preussischer Kultusminister die sonst stets so sorglich gehütete schul- und lehrerfreundliche Larve vom Gesicht und zeigte die reaktionäre Frage der preussischen Schulpolitik in ihrer vollen Nüchlichkeit. Den Lehrern schloß, so führte er aus, „die Achtung vor den weltlichen und kirchlichen Lokalautoritäten“. Nach der Statististik gebe es viele Lehrer, „die auf eine sehr tiefe moralische Versunkenheit“ schließen lassen. In der Lehrerpresse findet er „eine höchst einseitige Ueberschätzung der eigenen Leistungen, ein sehr absprechendes Urteil über Andersdenkende und andere Meinungen, einen völlig einseitigen und unberechtigten Standpunkt in der Vertretung der eigenen Interessen“; und was die pädagogischen Resultate betreffe, so habe er gefunden, „daß die Herren in vielen Fällen wenig, in den meisten Fällen aber gar nichts von der Sache verstehen“. Sie täten deshalb besser daran, „sich auf die Aufgaben zu beschränken, die ihnen ihr Beruf anweist“. Und wenn er das „Gesamtsatz“ zieht von „allen diesen eigentümlichen Erscheinungen im Lehrerstande“, so müsse er auf den Satz zurückkommen, „er täte besser — ich spreche selbstverständlich vom Volksschullehrerstande — die Sorge für die großen Gesichtspunkte, deren er sich annehmen zu müssen glaubt, seinen Vorgesetzten zu überlassen und sich auf die Sphäre zu beschränken, die sein Beruf ihm anweist. . . Wir müssen die Schule wieder etwas mehr an ihre natürlichen Autoritäten anknüpfen“. Einige Zeit später ergänzte Puttkamer seine tiefe Verachtungsbekundung der Schule und Pädagogik durch die Bemerkung: „Ein akademisch gebildeter Mann wird doch bald in die nicht gerade elementarsten Mythen des Volksschulwesens eindringen können.“

Das ist der preussische Junker naech in seiner „Bildungs“-politik! Blutiger Dohn für die seine und schwierige Kunst der Erziehung — wie hätte Puttkamer auch sonst begründen können, daß er als vollkommener Laie in Schulfragen trotzdem an der Spitze der Schulangelegenheiten des Staates stand! Vollendete Nichtachtung für den armen, abgeradenen Lehrproletarier, der sich herausnimmt, gegen den Stachel der „natürlichen Autoritäten“, der Kirche und des junkerlichen Gutspatrons, zu läcken und wohl gar noch über die „großen Gesichtspunkte“ der Schule

und Erziehung mitzusprechen! Derartige Arroganz steht den Schulmeistern nicht zu, sie sollen bei ihren Leisten bleiben, ihre „Vorgesetzten“ werden schon alles richtig ins Lot bringen. Man fühlt, wie bei diesen Worten Puttkamer in Gedanken die junkerliche Peitsche pfeifen läßt.

Wenn man aus der Zeit vor fünfundsiebenzig Jahren für die Gegenwart etwas lernen will, so die Erkenntnis, daß die Puttkamer nicht nur heute noch leben, sondern daß der Geist Puttkamers nach wie vor der herrschende in der preussischen Regierung wie im preussischen Landtage ist. Es ist sträflicher Leichtsin, wenn man aus liberaler Stillschneiderei à la Falk, wie sie auch später noch gelegentlich geübt worden ist und auch in Zukunft vielleicht noch wieder beliebt werden wird, die Hoffnung ableitet, daß es „besser“ wird. Es kann in Preußen erst besser werden, wenn die politische Macht des Junkertums und der ihm verbündeten großkapitalistischen und kirchlichen Mächte gebrochen ist. Hierauf muß die ganze Kraft des Volkes konzentriert werden.

Nach dem Streik.

Der Beschluß der Arbeiterkonferenz vom Donnerstag, der die Aufhebung des allgemeinen Ausstandes anordnet, wird begreiflicherweise in der Presse lebhaft erörtert. Der größere Teil der bürgerlichen Presse ist ziemlich einmütig in seinem Urteile. Man hebt die Klugheit der Führer des Ausstandes hervor, man ist voll des Lobes in der Anerkennung der bisherigen Haltung der Streikenden und erkennt darin ungeschmälert die Macht der Organisation, man hebt die fast allgemeinen Sympathien für die Streikenden hervor und verurteilt das prosyrische Verhalten der Unternehmer, die nur ihr persönliches Interesse in den Vordergrund gestellt haben. Die Führung des Kampfes wird als ein Ehrenblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet und sein vorläufiger Ausgang als ein moralischer Sieg der Streikenden.

Dem kann man auch zustimmen. Es ist wohl kaum jemals in der kämpferischen Geschichte der Arbeiterbewegung ein Kampf unter solchen Erscheinungen geführt worden. Die öffentliche Meinung war so gut wie vollständig auf der Seite der Streikenden. Die parlamentarische Aktion, die zu Sympathieerklärungen der übergroßen Mehrheit der politischen Parteien für die Streikenden führt. Die Forderung der Parteien, Schutzgesetze für die Streikenden zu geben. Die Zusage der Regierung, mit einer bisher unbekanntem Schnelligkeit eine Gesetzesvorlage zur Erfüllung wesentlicher Forderungen der Streikenden einzubringen. Die öffentliche Belobigung der Streikenden für ihre ruhige Haltung und schließlich die allgemeine Anerkennung bei dem Ausgange des Streiks: Das ist wahrlich ein moralischer Erfolg, wie ihn deutsche Arbeiter noch niemals errungen haben. Das sollte man meinen, muß mit der Zeit auch materielle Folgen haben.

Es macht demgegenüber nichts aus, wenn vereinzelte Schorf-macherblätter „die Festigkeit der Vergherren“ loben, die „die Interessen des ganzen Unternehmertums vertreten“ und wenn sie der öffentlichen Meinung, die den Streikenden Sympathie entgegenbrachte, Verleumdung der Situation vorwerfen. Verleumdung der Situation ist ganz auf seite der Schorf-macher und es möge nur die Regierung sorgen, daß sie sich nicht gleichfalls von dieser Verleumdung der Situation leiten läßt.

Eine verhängnisvolle Verleumdung der Situation wäre es insbesondere, wenn sich die Regierung der Argumentation fügen würde, die jetzt von Blättern wie „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, „Post“, „Arenz-Zeitung“ und „Münchener Allgemeine“ in den Vordergrund gestellt wird: daß nämlich die Untersuchungen durch die staatlichen Kommissionen die völlige Grundlosigkeit der Beschwerden der Arbeiter ergeben hätten. Die Art, wie die Kommissionen verfahren und wie sie aus dem Ergebnisse ihrer Untersuchung Urteile beschließen, haben wir an dem Beispiel der Zeche „Bruchstraße“ schon kennengelernt. Die Kommissionen haben danach nicht bewiesen, daß sie zu einem sozialpolitischen Urteile befähigt sind. Eine Reihe Einzelheiten feststellen, sie für sich betrachten und dann den Schluß machen, daß „solche Kleinigkeiten“ den Streik unbedeutend erscheinen lassen, das hieße den Kopf in den Sand stecken und nicht sehen wollen. Der Streik der 300 000 ist eine Tatsache, um die man nicht herum kommt, und wenn man noch so geschickt beweist, daß man keine Gründe dafür gesehen hat. Der Streik ist sein eigener Grund und die Lage der Arbeiter als Klasse ist seine Wurzel. Wer nicht in der Lage ist, die Klassenlage der Arbeiter zu beurteilen und sie abzuwägen gegenüber der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, der wird niemals zum Verständnis der Ursachen eines Massenstreiks durchdringen.

Es sind bis jetzt nur wenige Blätter, die sich auf den Standpunkt der Untersuchungskommission von „Bruchstraße“ stellen, aber die hinter ihnen stehen, das sind die maßgebenden Parteien des Dreiklassen-Parlamentes. Indem die Regierung darauf besteht, die Interessen der Bergarbeiter dieser Spottgeburt einer Volksvertretung auszuliefern, hat sie von vornherein all das Mißtrauen gerechtfertigt, das wir in ihre sozialpolitische Einsicht setzen.

In wenigen Tagen wird sich ja zeigen, wer die Regierungsversprechungen richtig beurteilt wird. Bereits am Montag soll nach einer heute vorliegenden Meldung die Berggesetz-Novelle dem Landtage zugehen.

Die Arbeiter haben ihren bisherigen moralischen Erfolg sich selbst zu verdanken. Von ihnen allein wird es auch abhängen, ob, wann und in welchem Umfange er auch zu einem materiellen Erfolge wird. In ihrer Organisation, in ihrer Einigkeit und Disziplin liegt das einzige Mittel, auch wirkliche Vorteile zu erringen. Soweit bis jetzt Meldungen vorliegen, scheint auch die Mehrheit der Arbeiter die Beschlüsse der Arbeiterkonferenz an-

zuwachen. Aus einzelnen Versammlung wird zwar gemeldet, daß beschlossen wurde, weiter zuzustreben, aber wir sind überzeugt, daß auch diese den Gründen ihrer Führer nach wiederholter Prüfung nachgeben werden. Sie brauchen nur die Scharfmacherpresse zu lesen, um zu sehen, wessen Geschäfte sie besorgen, wenn sie sich wenig erwiesen. Die „Post“ ist ungeheuer erfreut über die Erregung, die sich zunächst der Arbeiter über den Beschluß der Revierkonferenz bemächtigte, sie bedauert „die armen genasführten“ Bergarbeiter und freit Gift und Galle darüber, daß wir zur Befolgung des Rates der Führer auffordern.

Ob freilich die Herren nicht am Ende doch noch in blinder Herrschucht ein ganz anderes Ende provozieren wollen? Von unserem E-Korrespondenten geht uns nämlich folgende Meldung zu:

Die Verbandsleitung war heute gezwungen die Parole auszugeben, die Streitenden sollten sich vorläufig abwartend verhalten. Diese Parole ist veranlaßt durch das Verhalten der Bergverwaltungen. Einzelne nahmen nur einige Leute an, schickten die anderen nach Hause mit dem Bemerkten, man würde sie rufen, wenn man sie nötig habe. Andere Verwaltungen erklärten den Delegationskommissionen, jeder einzelne Mann habe sich um Wiedereinstellung zu bewerben. Auf vielen Zechen drückte man den Leuten heute, ausgerechnet heute am Tage nach Aufhebung des Generalstreiks die Entlassungspapiere in die Hand. Auf einer Zeche verlangte man von den Leuten die Zustimmung zu einer Lohnkürzung von circa 25 Proz. So wurden von verschiedenen Seiten Schikanierungen gemeldet. Darum erklärte der Verbandsvorstand, daß damit die Voraussetzungen der Aufhebung des Generalstreiks gefallen seien. Ausspernungen auf der einen Seite müßte mit dem Weiterstreifen auf der anderen Seite begegnet werden. Jedenfalls ist aber die endgültige Stellungnahme abhängig von dem Beschlusse des bergbaulichen Vereins in seiner heutigen Sitzung. Man erwartet, daß der bergbauliche Verein heute einen Beschluß fassen wird, seine Mitglieder aufzufordern, die Leute nicht zu provozieren, sondern nach Möglichkeit sofort alle wieder einzustellen. Heute abend oder morgen früh wird die Siebener-Kommission zu einer neuen Beratung zusammenzutreten. Wahrscheinlich wird auch dann eine neue Delegiertenkonferenz stattfinden, die über weiteres beraten und beschließen wird.

Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Nach Meldungen des „Völkischen Kuriers“, die aus dem bergbaulichen Verein stammen, sind am Freitag 75 663 Mann angefahren.

Sammlt weiter.

Wenn auch die Bergarbeiter wieder zur Arbeit zurückkehren, so dürfen dennoch die Sammlungen noch nicht eingestellt werden. Vier Wochen müssen die Leute arbeiten, ehe sie den ersten Pfennig Lohn bekommen. Die Not wird jetzt größer werden als bisher. Darum sammelt weiter für die tapferen Kämpfer!

In drei Wochen Gefängnis wurde in Recklinghausen ein Bergarbeiter verurteilt, weil er einen Arbeitshelfigen Streikbrecher genannt hatte. Dieser Heilige hatte sich als Streikender in die Listen eintragen lassen und ging dann zur Arbeit. Der Schwindel wurde jedoch beiseite entdeckt und die Strafe folgte — dem Entbeder auf dem Fuße.

Schlesien.

Im Waldenburger Bezirk löst die Streikbewegung nicht unerheblich nach. In der Nachschicht zum 9. d. M. sowie in der darauf folgenden Früh- und Mittagschicht schlossen auf dem Steinkohlenbergwerk „Ver. Glückhoff-Friedenshoffnung“ von 5009 Mann 215,

auf der Konf. „Karl Georg Viktorgrube“ von 2333 Mann 192, auf der Konf. „Gustavgrube“ von 1228 Mann 210.

Da es sich bei den beiden zuletzt genannten Gruben zumeist um Schläpfer von auswärtig handelt, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind, so kann der Ausstand auf diesen beiden Gruben als beendet angesehen werden. Auch auf der „Abendrot-Grube“ fuhr die Belegschaft in der Nachschicht zum 9. d. M. und der darauffolgenden Früh- und Mittagschicht wieder vollständig an.

Aus dem ober-schlesischen Steinkohlenbezirk lauten die Berichte ebenfalls günstig. Auf der „Friedensgrube“ schlossen zur Früh- und Mittagschicht zum 8. d. M. nur noch 11 Mann; der Ausstand kann damit als beendet gelten. Auf „Gottesgrube“ scheint die Bewegung gleichfalls keinen ersten Verlauf zu nehmen. In der Nachschicht zum 8. d. M. fuhr die Belegschaft des „Abendrotgrubens“ vollständig an, während auf dem „Hilfsgrubens“ nur noch 64 Mann fehlten. In der folgenden Früh- und Mittagschicht waren auf beiden Anlagen insgesamt 320 Mann ausständig. Aus dem Bergrevier Ratibor lagen über den heutigen Stand bis mittags noch keine Meldungen vor.

Kassel, 10. Februar. (W. T. B.) Im Braunkohlenbergwerk Wattenbach ist der Ausstand beendet. Die Vergleiche nehmen die Arbeit wieder auf.

Böhmen.

Pilsen, 10. Februar. (W. T. B.) Die Belegschaft des Kautschadits im Bezirk Pilsen ist am Mittwoch in Ausstand getreten. Es sind Verhandlungen wegen Forderung eines Minimallohnes im Gange; am 8. d. M. waren von 385 Mann 316 ausständig, am 9. 652 von 705, heute früh von 320 Mann 308.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Februar.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Man tut den preussischen „Volksvertretern“ bitter unrecht, wenn man behauptet, daß sie niemals Arbeiterfragen zur Sprache bringen. Haben die Herren doch am Freitag bei der weiteren Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fast eine halbe Stunde ihrer kostbaren Zeit auf die Erörterung der Frage der Fabrikinspektion verwandt! Der Etat steht im ganzen vor: 29 Regierungs- und Gewerbeverwaltungen, 137 Gewerbe-Inspektoren und 12 etatsmäßige Hilfsarbeiter bei Gewerbe-Inspektionen. Neu geschaffen sind sechs Stellen für Gewerbe-Inspektoren, und zwar je eine in Berlin III (Potsdam), Flensburg, Wandsbeck, Berlin SO., Berlin SW. und Graudenz. Außerdem soll für den Bezirk Marienwerder ein besonderer Regierungs- und Gewerbeverwalter angestellt werden. Dadurch erhöhen sich die Ausgaben von im ganzen 804 800 auf 852 200 M. Eine solche Freigiebigkeit der Regierung muß natürlich anerkannt werden, und diese Anerkennung sollte dem Minister der Abgeordnete Sittart vom Zentrum unter allerlei Ausfällen auf die Sozialdemokratie. Im Anschluß daran trug dann der Abg. Dr. Max Dirsch (fr. Vp.) in getohter Bescheidenheit seine Wünsche auf Anstellung von weiblichen Fabrikinspektoren und Hinzuziehung von Assistenten aus der Arbeiterklasse vor. Die Regierung verhielt sich wie immer ablehnend; sie hat bereits einige Assistentinnen angestellt, kann sich aber, obgleich diese Damen seit Jahren ihr Amt zur vollen Zufriedenheit verwalten, noch immer nicht entschließen, auf diesem Wege fortzufahren. Von der Hinzuziehung von Vertretern aus dem Arbeiterstande will sie nichts wissen, einmal weil die Arbeiter angeblich keine Autorität den Arbeitgebern gegenüber besitzen, und zweitens aus Furcht vor der Sozialdemokratie.

In der weiteren Debatte, die sich um das Fortbildungsschulwesen drehte, verlangte wie alljährlich das Zentrum die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen, um der Verwahrlosung und Verführung der Jugend entgegenzutreten. Aehnlich geistvoll waren die übrigen Reden, die sonst noch zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung gehalten wurden.

Sonabend: Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Bürgerliche Arbeiterfreunde.

Aus Kassel wird uns geschrieben: Es wird jetzt viel geredet von den bürgerlichen Arbeiterfreunden, die ihre Sympathien so offen den streikenden Vergleuten entgegenbringen.

Dagegen wollen wir an einem recht drastischen Beispiel zeigen, wie die „Sympathie“ der Bürgerlichen für jedermann erkennbar ist, wenn die Brücke geht, wenn die politischen Wasserpumpenschläuche männlichen Geschlechts zu furchen beginnen, daß ihnen die Feuerchen ausgehen könnten, an denen sie bisher ihre Sümpfen weidmüßig erwarnten.

In Kassel sollte eine gemeinsame Demonstration zugunsten der Bergarbeiter stattfinden, die sich des Gewerkschaftsartikels, Nationalsozialen Vereins, Evangelischen Arbeiter-Vereins, Volksvereins für das katholische Deutschland, Verbandes christlicher Bauhandwerker, Sozialdemokratischen Vereins.

Alle Vorbereitungen waren getroffen. Am 8. Februar sollte die Versammlung stattfinden. Die Redner wurden bestimmt von den verschiedenen Richtungen. Es sollten sprechen:

Professor Hüpeden für die Evangelisch-Christlichen, Professor Feitel für die Katholisch-Christlichen, Lehrer Kimpel für die Nationalsozialen, Maurer Thom für die Sozialdemokraten.

Die Redner einigten sich über die Art, wie sie das Thema behandeln und den Stoff verteilen wollten. Es wurde in den Tageszeitungen zur Teilnahme an der Versammlung aufgefordert. Die Redner wurden genannt und die oben angeführten Berechtigungen resp. Parteien unterzeichneten die Inserate.

Inzwischen redeten die preussischen Konservativen in den Parlamenten über die „Kontraffaktiven“ Arbeiter und verlangten besseren Schutz für die Streikbrecher, die dem Staate besonders nützlichen Elemente; Bülow verlangte die bedingungslose Ueberweisung der Arbeiter, bevor er sie empfangen könne — da kam der christlich-konservative Professor Hüpeden zur Beifügung!

Entsetzt legte der frühere Reichstags-Abgeordnete für Kassel den Jünger an die professorale Nase und fragte: Wie kommt es nur! Deine evangelischen Schwestern ließen Dir bisher nach, weil sie sorgsam behütet wurden vor roten Einflüssen. Wie nun, wenn sie einen Sozialdemokraten hören, wenn sie sich überzeugen, daß er doch ein ganz anständiger Mensch ist, ganz anders auftritt und redet, wie sie sich vorgestellt haben auf Grund der Berichte frommer Männer! Im Gottes willen, Professor, halt ein, halt ein! — Nach einer gräßlichen, schlaflosen Nacht setzte sich der Arbeiterfreund hin und schrieb also:

Gelehrter Herr!

Da ich zu der Ueberzeugung gekommen bin, daß diejenigen Kreise, die für die Bergarbeiter noch erwidert werden sollten, an der Versammlung doch nicht teilnehmen werden, so möchte ich hierdurch meine Zusage zurückziehen; dadurch wird dann auch die Zusage des Evangelischen Arbeitervereins hinfällig, der seine Beteiligung von meinem Vortrage abhängig gemacht hatte.

Ergebnis

H. Hüpeden, Professor. Da die Vorfrist nicht nur bei evangelischen Professoren der Tapferkeit besserer Teil ist, so halte auch der katholische Professor Feitel einige schlaflose Nächte. Er kündigte seine Mitwirkung durch dieses Schreiben an:

Berehrte Redaktion

ersuche ich, mich ferner nicht mehr als Redner in der Versammlung am Mittwoch, den 8. d. Mts., im großen Stadtsaal anzuführen, nachdem ich bereits am verflohenen Freitag bei Herrn Hundt die briefliche Erklärung abgegeben habe, daß ich nicht mitwirken werde.

Ergebnis

Feitel, Professor. Aller guten Dinge sind aber bekanntlich drei, und so fiel der nationalsoziale Lehrer Kimpel ebenfalls um.

So blieb der Sozialdemokrat allein! Voranwendungen aus dieser Affäre lassen sich viele ziehen. Mögen es die Arbeiter tun, nicht nur die sozialdemokratischen, sondern vornehmlich die evangelischen und katholischen, die sich von Professoren, Kaplänen, Lehrern und ähnlichen Arbeiterfreunden „führen“ lassen.

Zu den Absichten einer Eisenbahntarifreform. Der Schwab. Merkur schreibt: „Dem Vernehmen nach haben die Verhandlungen, die am 16. und 17. Januar d. J. zwischen Vertretern der deutschen Staatsbahnverwaltungen über die Personen-tarifreform in Berlin stattfanden, besonders infolge des Widerstrebens der bayrischen Eisenbahnverwaltung gegen die Einführung der vierten Wagenklasse bis jetzt nicht zu der erhofften Einigung geführt. Sollte auch die für den 29. März anberaumte Konferenz zu keinem Ergebnis führen, so wird die preussische Staatsbahnverwaltung unverzüglich ihrerseits mit einer wesentlichen Vereinfachung des Personen-tarifes vorgehen. Damit bereits der diesjährige Sommer-Reiseverkehr auf der Grundlage des neuen Tarifs stattfinden kann, werden demnächst die umfangreichen Vorarbeiten begonnen, die durch die Umarbeitung aller Tarifpläne auf der neuen Grundlage notwendig werden.“

Schule und Kultur in Preußen. Der „Vote“ aus dem Niesengebirge berichtet wiederum über skandalöse Schulzustände: „Weil die kgl. Regierung kein Geld hat, darum wird der dringend notwendige katholische Schulbau in Wollensham hinausgeschoben! Seit zehn Jahren wächst die Schülerfrequenz der dortigen katholischen Schule derart, daß 1897 die Anstellung eines dritten Lehrers und ein neues Klassenzimmer notwendig wurde. Die Regierung genehmigte damals die Unterbringung des Lehrstols im Gasthofe „Zum Preussischen Hofe“ nur unter der Bedingung, daß mit dem Neubau der Schule bald begonnen werde. Ueber zwei Jahre sind seit dieser Zeit verfloßen und mehr als 100 Kinder gehen in genanntes Gasthaus zur Schule, wo das gemietete Zimmer schon längst nicht mehr groß genug ist, so daß wiederholt die Schüler auf Gartenstühlen sitzen und auf den Fensterrahmen ihre schriftlichen Arbeiten verrichten müssen. Zeitweise muß hier der Unterricht wegen des ruhestörenden Lärmes unterbrochen werden. Zu diesen Uebelständen gesellen sich die der beiden anderen Klassen im alten Schulhause. Laut Aussage verschiedener Aerzte sind diese gesundheitsgefährlich, feucht und kalt und wegen der defekten Türen und Fenster im Winter kaum zu ertragen. Allen familiären Vorschriften spotten die Aborte, und zu verurteilen ist es, daß hier die Polizei eine Schließung derselben noch nicht anordnete. Diese einer Stadt unwürdigen Schulverhältnisse bestanden im Jahre 1901 der Ober-Regierungsrat Lämpke, woraus der Kreis-Beauftragter Schütz in Vandeschut mit dem Entwurf eines neuen Schulbaues beauftragt wurde. Seit dieser Zeit schweben die Verhandlungen betreffend Aufbringung der Schullasten und der Platzfrage. Letztere nahm das Jahr 1903 und den Sommer 1904 in Anspruch und hat endlich der Bestätigung der königlichen Regierung. Der seit zehn Jahren notwendige und jetzt durch drei Jahre hinausgeschobene Neubau könnte vielleicht im Frühjahr dieses Jahres beginnen; doch ist eine abermalige Verzögerung zu befürchten, da die städtischen Behörden — Zeichnung liegt drei Jahre aus — sich mit der Größe des Hand-

sturs und der luxuriösen Dachkonstruktion nicht einverstanden erklären können.“

Ueber die Schädlichkeit des Stachsitrits verbreitet sich noch einmal der Major a. D. v. Bruchhausen. Er teilt mit, daß sich zwei höhere Militärärzte gefunden haben, die es sich zur Aufgabe gemacht hätten, das statistische Material des Dr. Thallwiger, der bekanntlich durch dies Material die Schädlichkeit des Stachsitrits bewiesen hätte, kritisch zu zerlegen. Er betont dann aber, daß auch diese beiden Verteidiger des Stachsitrits und des Parademarsches schließlich zu dem Resultat gelangt seien, daß vor Ueberstreidungen und Auswüchsen in der Anwendung des Parademarsches auf das eindrucksvollste gewarnt werden müsse und daß namentlich vor dem Aufsuchen mit den Stachsitriten auf hartem Untergrund, Straßenpflaster usw. ganz besonders zu warnen sei. Major v. Bruchhausen wirft die Frage auf: „So liegt die Grenzlinie nach der Ueberleitung hin, wie kann sie erkannt werden? Nach alledem kommt er zu dem Resultat, daß es doch wohl angebracht sei, zum mindesten einen Versuch anzustellen, ob Bataillone, die keinen Stachsitrit und Parademarsch einübten, an innerer Tüchtigkeit hinter den nach alter Methode geschulten Truppen zurückständen oder nicht. Ergebe sich, daß die militärische Ausbildung die gleiche bleibe, so sei doch wohl der Stachsitrit zu verwerfen.“

Man braucht kein Prophet zu sein, um getroffen sagen zu können, daß man in absehbarer Zeit auf den Stachsitrit und Parademarsch nicht verzichten wird! —

Gefh, 10. Februar. Der Landtag erklärte die Wahl unseres Parteigenossen Bod einstimmig für ungültig, weil die Wahlmänner die Wahlzettel im Wahllokal geschrieben haben. —

Hueland.

Eine Deputierten-Rebellion gegen die sozialistische Einigkeit.

Paris, 8. Februar. (Fig. Ver.) Alles, was über die innerlich-antiproletarischen Selbstherrlichkeiten-Bestrebungen der ministeriell-sozialistischen Kammerfraktion, über den verbürgerlichenden Einfluß des Ministerialismus geschrieben und gesagt wurde, findet eine unerschöpfliche Bestätigung in den Vorgängen, die sich in der gestrigen Nachsitzung des jaurestischen Nationalrates abgespielt haben.

Unsere Leser wissen, daß die Einigkeitsoverhandlungen zwischen den verschiedenen sozialistischen Parteien und Organisationen zum einstimmigen Beslum einer prinzipiell-taktischen Einigkeitserklärung geführt haben, die auf dem Boden der Arbeiterdemokratie-Dressener Resolution steht. Die für die gegebenen Verhältnisse wichtigste Bestimmung des Einigkeitserklärung betrifft bekanntlich den Verzicht auf die Bloc-Taktik, den Antritt der jaurestischen Kammerfraktion aus dem Vorstand der Linksparteien. Und zwar wurde diese Einigkeitserklärung von der P. S. F. (Jaurestisten) schon im ersten Stadium der Verhandlungen ausdrücklich abgelehnt und in einer öffentlichen Declaration verurteilt. Seitdem, seit dem endgültigen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen, hat das Kabinett Combes das Heilige gesegnet. Wenn schon die letzten Monate, die Sternmonate dieses Kabinetts, wie feinerzeit von mir ausinandergesetzt, die tatsächliche Auflösung des Bloc-Vorstandes markiert und so das sozialistische Einigkeitserklärung wirksam gefördert haben, um so weniger, so mußte man annehmen, könnte die Bloc-Frage nach Combes Sturz die bereits zustande gekommene Einigkeit irgendwie stören. Und doch ist das Unglaubliche, das Unerwartete zur Tatsache geworden!

Ein Teil, ein großer Teil der ministeriell-sozialistischen Kammerfraktion, der noch unter Combes mit stiller Kurze die ihm unangenehmen Einigkeitserklärung heruntergemurrt hat, erhebt jetzt, unter einem Kabinett Rouvier, gegen welches nahezu sämtliche jaurestischen Abgeordneten mit Jaures an der Spitze gestimmt haben, die Forderung der ministeriell-sozialistischen Rebellion gegen die auf proletarischer Grundlage vollkommene Einigkeit!

Das geschah zuerst innerhalb der Kammerfraktion ausläßlich eines an diese gerichteten Antrags der Linksparteien auf Wiederherstellung des Blocs. Die guten Radikalen, die um einige Vorteuillen ihr Anrecht auf die Oberleitung des Ministeriums an einen Rouvier, den Mann der Prozedentigkeit, den geriebener Feind demokratischer Reformen, verschachert haben, — die guten, braven Radikalen bekommen nachträglich begründete Angst, sie möchten in bezug auf die Reformen von Rouvier geprellt werden. Dabei jener Antrag auf Wiederherstellung des Blocs. Die Radikalen suchen Klüden bei den sozialistischen Bloc-Genossen von ebendem. Eine Klüdenbedeckung nach zwei Fronten: gegen die Brellereifanten Rouviers und — was viel wichtiger, weil viel wahrscheinlicher ist — gegen die Wählermasse, die in den kommenden Wahlen Rouviers Stützen an den Linksparteien heimzusuchen müßte. Bewußt oder unbewußt, die Rechnung der Radikalen war recht genau. Die Sozialisten bis ans Ende als Mitschuldige am Bankrott der Reformaktion an ihrer Seite zu haben, das könnte die eigene Wahl Niederlage der Radikalen jedenfalls bedeutend abschwächen, indem die ministeriell-gelb-benenden Sozialisten in die allgemeine Niederlage der Linken verwickelt würden.

Man sieht, von den Rücksichten auf die sozialistische Einigkeit selbst abgesehen, gebot den ministeriellen Sozialisten schon die Rücksicht auf das eigene Fraktionsinteresse, das Denarcgischen der Radikalen abzuweisen. Doch die Gewohnheit ist die zweite Natur. Die seit bald sechs Jahren im ministeriell-sozialistischen Vorn stehenden Deputierten haben meist sozusagen gelernt, auf eigenen Füßen zu stehen, als eine selbständige proletarische Vertretung zu wirken, auf die Kraft der sozialistischen Idee mehr zu vertrauen als auf die wahlmaderischen Wirkungen der kleinen Vorteile einer Regierungs-partei.

Es geschah nun, daß die Mehrheit der Fraktion sich für die Teilnahme am Bloc erklärte, nur daß dieser Beschluß schandenhalber mit dem durchsichtigen Mantelchen des „Provisoriums“ umgehängt wurde. Die Fraktion sollte danach am Linksvorstand mitwirken, soweit die Reformaktion in Frage kommen würde. Gegen diesen Beschluß stimmten nur fünf Deputierten, darunter Jaures und Bressenge.

Man sieht, wie sehr Jaures Einfluß auf die Fraktion gesunken ist, sobald er den ministeriellen Boden verlassen hat. Die ministeriell geliebene Fraktionsmehrheit hat einen neuen, ihr adäquaten Führer gefunden im kürzlich gewählten Quoner Deputierten Professor Augusteaur, Bürgermeister von Lyon, der erst über Drehsus zum Sozialismus, zum ministeriellen Sozialismus kam.

Der Konflikt zwischen Fraktion und Partei kam dann zum Ausbruch im Nationalrat der P. S. F., der bekanntlich aus sämtlichen Deputierten und dem Interföderalen Komitee, d. i. den Delegierten der einzelnen Föderationen, besteht. Die Verhandlungen des Nationalrates nahmen einen stürmischen, leidenschaftlichen Verlauf. Schließlich wurde eine Resolution Jaures mit 30 gegen 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen votiert (ungefähre Zahlen), welche die Teilnahme am Linksvorstand verurteilt. Die bedeutende Mehrheit wird aber gebildet durch den Stimmen des Interföderalen Komitees, das für die Resolution Jaures 32 gegen 2 Stimmen abgab. Die Kammerfraktion dagegen hat nur 7 Stimmen für diese Resolution geliefert gegen 14 Bloc-Stimmen mit 5 Enthaltungen.

Das schönste kam noch diesem Votum. Augusteaur und vier andere Deputierten verließen zornig den Saal. Sie weigerten sich, den Mehrheitsbeschluß anzuerkennen und schied sich an, eine neue „republikanisch-sozialistische“ Fraktion zu gründen. In dieser Fraktion werden natürlich auch Millerand und Deville, die aus der P. S. F. ausgeschlossen wurden, Aufnahme finden. Hingegen werden zahlreiche ministeriell geliebene Deputierten der sozialistische Einigkeit mitmachen müssen — infolge des unanfechtigen Druckes der Parteiorganisation. So namentlich manche Pariser Abgeordnete, die von der jaurestischen Seine-Föderation eine einstimmige dahingehende Weisung erhalten haben.

Die Spaltung der ehemals jaurestischen Kammerfraktion, die Absonderung der sozusagen intrantigenen Ministeriellen kann so-

nach die sozialistische Einigkeit nicht gefährden. Im Gegenteil, die Einigkeit wird dadurch innerlich gestärkt, und insbesondere wird dadurch die baldige Verschmelzung der guedisch-blanquistischen und der jauresistischen Kammerfraktionen ohne weiteres ermöglicht.

Friedensverhandlungen in Sicht?

Die Mitteilungen häufen sich, daß man in Rußland auch in den offiziellen Kreisen sich bereits mehr und mehr mit dem Gedanken an einen Friedensschluß vertraut macht. So meldet der Petersburger Berichterstatter des „Daily Chronicle“, daß der Präsident des russischen Ministerrates, Witte, die Neußerung gemacht habe, daß man um jeden Preis mit Japan Frieden schließen müsse. Er habe dann als Bedingungen eines solchen Friedensschlusses folgende angegeben:

1. Rußland räumt die Mandchurie;
 2. Rußland willigt ein, daß Japan die Mandchurie von China auf 99 Jahre pachtet;
 3. Rußland gibt seine Einwilligung, daß Japan unter gleichen Bedingungen auch die Liautung-Halbinsel pachtet;
 4. Rußland behält die Insel Sachalin, ferner Wladiwoostok und das Ussurigebiet;
 5. Rußland zahlt keine Kriegsschadigung.
- Allerdings soll Witte diese Neußerung nur einem intimen Kreise gegenüber gemacht haben.

Der „Daily Telegraph“ meldet, daß im Staatsdepartement in Washington, allerdings nicht amtlich, die Ansicht geäußert worden sei, daß die gegenwärtige Zeit für Friedensverhandlungen zwischen Japan und Rußland entschieden günstig sei. — Schon vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß der englische Gesandte in Washington mit der dortigen Regierung Besprechungen wegen einer Friedensvermittlung gehabt habe.

So wenig zuverlässig diese Mitteilungen einstweilen auch klingen mögen, so läßt doch die ganze Lage Rußlands in der Tat die Annahme zu, daß die russische Regierung eine Friedensintervention der ausländischen Mächte durchaus nicht ablehnen werde. Nicht nur die Lage Rußlands auf dem mandchurischen Kriegsschauplatz ist eine trostlose, sondern auch die Verhältnisse im Innern Rußlands haben sich derartig zugespitzt, daß eine Fortdauer des Krieges, die mit neuen schweren Schlägen für Rußland verbunden sein würde, eine allgemeine Volkserhebung hervorrufen müßte. Schon befinden sich ja überall in den Städten die Arbeiter und die Intellektuellen im offenen Aufstand gegen die herrschende Macht. Die Bauern sind bis jetzt noch ruhig geblieben. Allein es könnte nach neuen Niederlagen sehr leicht der Fall eintreten, daß auch die Bauern von den Unruhen ergriffen würden. Dann wird es dem Zarismus schwer fallen, die genügende Zahl von zuverlässigen Soldaten aufzutreiben, um alle diese zahllosen Aufstände niederzuwerfen. Wenn die russische Regierung also nur eine Spur von Einsicht bewahrt hat, so wird sie in der Tat mit beiden Händen die Hilfe annehmen müssen, die ihr von Amerika aus geboten werden dürfte. Die Friedensbedingungen, auf die sich Japan einlassen würde, könnten allerdings keineswegs günstiger lauten, als die angeblich von Witte ins Auge gefaßten. Rußland müßte unter allen Umständen auf die Halbinsel Liautung mit Port Arthur und die Mandchurie verzichten und alle Pläne auf eine Annexion Koreas aufgeben. Daß Rußland Wladiwoostok behielte, könnte von Japan ruhig zugegeben werden. Ist dieser Hafen doch während eines großen Teiles des Jahres durch die Eisverhältnisse derartig gesperrt, daß er als Flottenstation für eine neu zu schaffende russische Ozeanflotte keine allzu große Bedeutung besäße. Auch die Insel Sachalin ist ja nicht wertvoll genug, um Japan zu einer Fortsetzung des Krieges zu nötigen. Fraglich ist es nur, ob Japan sich mit den Landabtretungen begnügen würde und nicht auch noch eine bare Kriegsschadigung verlangte.

Internationales Institut zum Schutze der Interessen der Landwirtschaft.

In dem Bestreben der meisten europäischen Staaten, Einrichtungen zum Vorteil der Landwirtschaft, d. h. der größeren Grundbesitzer zu treffen, will auch Italien nicht zurückbleiben. Der König hat an den italienischen Ministerpräsidenten Giolitti ein Handschreiben gerichtet, in welchem er die Errichtung eines „Internationalen Instituts zum Schutze der Interessen der Landwirtschaft“ fordert. In dem Schreiben heißt es: „Die ackerbauende Bevölkerung, die im allgemeinen die zahlreichste ist, hat überall großen Einfluß auf das Geschick der Völker, kann aber, da sie ohne gemeinsames Band lebt, weder auf die Vesserung der Kulturen und ihre Verteilung gemäß den Erfordernissen des Konsums hinwirken, noch auf den Schutz ihrer Interessen auf den Märkten, die für die wichtigsten Bodenprodukte mehr und mehr Weltmärkte werden. Ein Internationales Institut könnte deshalb von großer Wichtigkeit werden, wenn es, frei von allen politischen Zwecken, das Studium der Lage der Landwirtschaft in den verschiedenen Ländern als Aufgabe hat und periodisch über Quantität und Qualität der Ernten Bericht erstattet, ferner über die Art und Weise, wie die Produktion erleichtert werden kann, über Marktverhältnisse und über geeignete Preisfestsetzung. Das Institut könnte auch Angaben beschaffen über die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter aller Gegenden und so für Auswanderer ein nützlicher und sicherer Führer werden; ferner könnte es Abkommen treffen zum gemeinsamen Schutze gegen Pflanz- und Viehkrankheiten und es würde auch heilsamen Einfluß üben auf die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens wie des landwirtschaftlichen Versicherungswesens und Kreditwesens. Kom sollte der würdige Versammlungsort der Vertreter der teilnehmenden Staaten und der der hauptsächlich beteiligten Vereinigungen sein.“

Die italienische Regierung hat daraufhin an die Vertreter Italiens im Auslande die Weisung gerichtet, den Gedanken der Schaffung eines Internationalen Ackerbau-Instituts, dem übrigens keinerlei Befugnis zustehen sollte, Zwangsmahregeln auszuüben, der Regierung, bei der sie beglaubigt sind, zu unterbreiten und sie zu erforschen, Delegierte zu der ersten Versammlung zu ernennen, die im Mai d. J. in Rom stattfinden und das Reglement für die neue Einrichtung ausarbeiten soll.

Wiel wird zweifellos bei dem neuen Institut nicht herauskommen. Wird es tatsächlich eingerichtet, so wird seine Aufgabe kaum über statistische Aufnahmen, Anfertigung von Marktberichten, Preisstabellen, Ernte-Abschätzungen usw. hinausgehen. Zu einer Interessentvertretung der Landwirtschaft in den verschiedenen Ländern kann es schon deshalb nicht werden, weil diese Interessen sich vielfach widersprechen und während die Landwirtschaft des einen Landes höchst schutzjöllnerisch gesinnt ist, die eines anderen Landes für die freie Konkurrenz auf dem Weltmarkt eintritt.

Schweden.

Der neue Regierungsvorschlag zur Wahlrechtsreform ist der Zweiten Kammer am Mittwoch vorgelegt worden. Er gleicht bis auf einige ganz unbedeutende Einzelheiten dem Entwurf vom vorigen Jahre. Das Proportionalitätssystem einzig und allein für die Zweite Kammer, auf die sich ja die Reform ausschließlich erstreckt, ist ebenso beibehalten wie die übrigen „Garantien“ gegen die Wirkungen eines tatsächlich allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Unser Bruder-organ „Social-Demokraten“ meint, daß es ja vielleich der Regierung glücken könne, ihren Vorschlag trotz des Renekfelds der bevorstehenden Wahlen durchzuführen. „Aber“, so schreibt Hjalmar Franking, „ob das nun gelingt oder ob die Frage auch in diesem Jahre wieder scheitert, in beiden Fällen wird es den breiten Schichten des Volkes klarer als je sein, daß die Erste Kammer der Feind ist. Die „Reform“ ist kein Abbruch, sie ist ein Anfang. Eine erste Kammer, die eine Wahlrechtsreform, wie sie unser Volk beabsichtigt und fordert, eine Reform zum Fortschritt verhindert, hat noch mehr als bisher ihre Urteil selbst gefaßt. Und eine erste Kammer an der Seite einer proportional gewählten zweiten ist erst recht eine Unsinnsigkeit und ein Übel, das beseitigt werden muß.“

Was wird aus der Union? Die Dokumente über die gescheiterten Konsultationsverhandlungen sind jetzt veröffentlicht worden. Sie bestätigen, was schon vorher bekannt geworden war, daß die schwedische Regierung sich eine gewisse Oberhoheit über die zu errichtenden norwegischen Konsulate sichern wollte. Die in dieser Hinsicht krasseste Bestimmung will dem Minister des Äußeren das Recht geben, gegen Konsulatsbeamte einzuschreiten, die in der einen oder anderen Weise „kein gutes und würdiges Verhalten den Behörden des Landes gegenüber, wo sie angestellt sind, beobachten“. Die Anzeige solcher Fälle soll der Minister in dem zusammengefügten, das heißt schwedisch-norwegischen, Staatsrat oder im ministeriellen schwedischen Staatsrat erstatten. Ergänzt wird diese Bestimmung durch eine folgende, die den Gesandten das Recht gibt, Konsulin, die sich in jener Weise verhalten, zu suspendieren. Die übrigen der sechs Streitpunkte, die zum Scheitern der Verhandlungen führten, sind weniger bedeutend und teilweise mehr formeller Natur, wie z. B., daß die Norweger auf ihren Konsulatsformularen zu setzen wünschen „König von Norwegen und Schweden“, statt wie sonst üblich, Schweden zuerst zu nennen. Die Sitzung des zusammengefügten Staatsrats, die am Dienstag in Stockholm stattgefunden hat, diente eigentlich nur dazu, den Bruch der Verhandlungen zu bestätigen. Der König erklärte sich mit der Haltung des Ministers des Äußeren einverstanden, wogegen die norwegische Staatsratsabteilung an ihrer Auffassung festhielt.

Das norwegische Storting hat am Mittwoch eine außerordentliche Sitzung abgehalten, in der Staatsminister Hagerug über die Lage der Konsulatsfrage berichtete. Er sprach sich in einer namentlich für einen konservativen Minister sehr scharfen und entschiedenen Weise aus. Er wies darauf hin, daß die Reichsliste von 1814 Norwegen nicht verpflichtet, sein Konsulatswesen von Schweden leiten zu lassen. Die Situation sei ernst. Der gegenwärtige Unionszustand sei unhaltbar. Die Aufgabe müsse sein: Norwegens volle Anerkennung als souveränes Reich. „Kann diese Aufgabe“, sagte er weiter, „nicht innerhalb des Rahmens der bestehenden Staatsverbindung zwischen Norwegen und Schweden gelöst werden, so muß es in Erwägung gezogen werden, neue und freiere Formen für ein solches Zusammenwirken zwischen beiden Völkern festzusetzen, zur Förderung der gemeinsamen Interessen, die alle wünschen müssen zu schärfen und die in höherem Grade als Institutionen die dauernde und wertvolle Grundlage jedes Zusammenschlusses zwischen freien Nationen sind.“

Amerika.

Zum Fall Bishop ist zu berichten, daß der Einwanderungsbehörde von Washington aus die Order zugeht, Bishop die Verbindung in New York zu gestalten. Die Inspektoren hatten einen englischen Arbeiter, der sich als Sozialist bekannte, auf Grund des Anarchisten-Gesetzes zurückgewiesen. Der Fall wurde von der Presse aufgenommen und die Haltung der Einwanderungsbehörde als ungerechtfertigt getadelt. Bishop hatte mit Hilfe des Sekretärs der Sozialistischen Arbeiterpartei sich einen Rechtsbeistand genannt und Schritte zur Appellation gegen die Entscheidung der Inspektoren eingeleitet. Durch die Order aus Washington hat die Sache ihre schnelle Erledigung gefunden.

Ueber den großen Streik in Colorado hat Roosevelt dem Senat einen Bericht eingebracht, der von dem Bundeskommissar für Arbeitsangelegenheiten, Carroll D. Briant, verfaßt worden ist. Nach Wright handelte es sich bei diesem Streik darum, daß die Bergleute überall ihre Organisation, die „Western Federation of Miners“ zur Anerkennung bringen und ihre Anordnungen durchsetzen wollten. Allelei geschloßes Vorgehen sei auf beiden Seiten vorgekommen, bei den Streikern sowohl als auch bei denen, die angeblich Gesetz und Ordnung verteidigten. Da ein Bundesgericht sich auf die Seite der ausgewiesenen Bergleute stellte, welche wieder zurückgekehrt waren, so entsiehe die Frage, ob die Ausweisung von Bürgern ein Verbrechen gegen Staats- oder Bundesgesetze sei.

Als Weibindien sollen die britischen Garnisonen, die in Jamaica, Barbados und Santa Lucia liegen, zurückgezogen werden. Nach großen amerikanischen Zeitungen besteht in London die Meinung, daß Roosevelt's Auffassung der Monroe-Doktrin die Besorgungen auf jenen Inseln überflüssig macht. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung unter der Bevölkerung, die meist aus Negern besteht, hält man eine starke Polizeimacht für ausreichend. Daß die britischen Interessen in Westindien von den Amerikanern respektiert werden, nimmt man als selbstverständlich an.

Neuer Streik in Petersburg.

Petersburg, 10. Februar. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Verhandlungen des Direktors der Putilowwerke mit den Arbeitern führten zu keiner Einigung. Infolgedessen begann heute morgen 9 Uhr abermals in dieser Fabrik der Ausstand, der, wie befürchtet wird, sich auf andere ausdehnen wird.

Ausdehnung des Streiks in Petersburg.

Unser Petersburger Korrespondent telegraphiert: Petersburg, 10. Februar. Die Zahl der Streikenden nimmt zu. Sämtliche Arbeiter der Putilow-Werke streikten heute früh; ihre Zahl beträgt 12 000. Sie verlangen den Achtundzestundtag und die Wiederzulassung der gemäßigten Arbeiter. Zugleich stellen die Streikenden jetzt sozialistische Forderungen auf und vereiten für Petersburg den Generalstreik und den allgemeinen Stillstand des öffentlichen Lebens vor. Die Arbeiter bleiben jedoch unbewaffnet und wollen keine Gewalt ausüben. Sie sind tief erbitet, daß Regierung und Arbeitgeber ihre Versprechungen nicht erfüllen. Große Truppenteile sind aufgezogen, um den Arbeitermassen den Eintritt in die innere Stadt zu sperren und die bisher nicht Streikenden am Anschluß an die Streikenden zu hindern.

Ich erfahre, daß eine größere Zahl von Liberalen und der Hof befreit sind, dagegen wurden zahlreiche sozialistische Studenten verhaftet. Ferner erfahre ich aus bester Quelle, daß die Gerichtsbehörde selbst der Ansicht ist, daß das Schicksal am 22. Januar nur an einer Stelle der Stadt sich gesetzlich begründen läßt und gesetzmäßig ausgeführt wurde, daß dagegen in allen anderen Fällen ein Mißbrauch der administrativen Macht vorliegt.

Es steht fest, daß die Regierung die Einberufung der Semski Esobor (Landtage) beabsichtigt, aber keinesfalls eine Reform im Sinne einer Konstitution bewilligen will.

Tapsere Aerzte!

Moskau, 10. Februar. In einer Konferenz der Aerzte des Gouvernements Moskau wurde folgende Resolution zur Mitteilung an die Semstwowersammlung von Moskau beschlossen:

Wir erklären uns solidarisch mit den Forderungen der Arbeiter von Petersburg vom 22. Januar, sprechen unser tiefes Bedauern den Opfern aus, die mit ihrem Blute die Straßen von Petersburg weyten und sind empört über das Verfahren der Bureantratie, die alle Versuche der Gesellschaft, zu politischer Freiheit zu gelangen, mit Gewalt unterdrücken will. Wir können die Bevölkerung Moskaus nicht ohne unsern Beistand lassen, auch geben wir die Ausübung unserer Praxis nicht auf, aber wir erachten es als unsere Pflicht, uns der liberalen Bewegung anzuschließen und den Kämpfern um politische Freiheit mit aller unserer Kraft und anzuschließen.

Die gewaltigen Zeichnungen der Semstwow für die Armeer, die Flotte und ärztlichen Beistand für beide kriegsliegenden Nation, die Kriegsgedanken, machen die schon ruinierte Nation nur noch ärmer und verzögern die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse. Man muß daher den Krieg so schnell wie möglich einstellen.

Wir geben dem Wunsche Ausdruck, daß die Semstwow kein Geld mehr hergeben für die Entsendung von ärztlichen Hilfsmitteln nach dem äußersten Osten und daß damit der Grund gelegt werde zu einer tätigen Opposition der Semstwow gegen den Krieg, der den Interessen der russischen Nation fremd und gefährlich ist.

Sodj, 10. Februar. Heute kam es hier von neuem zu ernstlichen Streikvorgängen. Ausländische zogen nach den Fabriken und verlangten Abrechnungen, die die Fabrikanten verweigerten. Als Militär erschien, erfolgte zwischen diesem und den Streikenden ein Zusammenstoß. Bei der Fabrik von Scheiber wurden 4 Personen getötet und 68 verwundet, bei der von Markus Kohn 7 getötet und 40 verwundet.

Begeleien in Rußisch-Polen.

Während die Ankündigungen von bevorstehenden blutigen Zusammenstößen im Grenzbezirk zunächst sich nicht zu bestätigen schienen, hat Bäterchens Armeer doch noch am Donnerstag Probe davon abgelegt, wie wacker sie über die Wehrlose zu triumphieren versteht. Bei der Katscharinshütte, in der Nähe von Sosnowice, einem Werke der deutschen Laurahütte, kam es abends 7 Uhr zu einem fürchterlichen Gemetzel. Offiziell wird als Grund des Blutbades der Schuß des Werkes angegeben. Wolffs Bureau berichtet nämlich:

Gestern abend versuchte ein Arbeiterhaufe in Sosnowice auf der Katscharinshütte den Schmelzofen auszuschließen; zum Schutze des Werkes herangezogenes Militär gab drei Salven auf die Arbeiter, die über 100 Tote und Verwundete hatten.

100 Tote und Verwundete — wegen eines Schmelzofens! Und noch eines deutschen Schmelzofens! Der Zarismus mißhandelt zwar die Deutschen, aber das deutsche Kapital schüßt er wie sein eigenes Leben: mit dem Kleinfalldrigen.

Dem „Lokal-Anzeiger“ wird über die Vorgänge telegraphiert:

Die Zahl der bei dem gestrigen Zusammenstoß in Sosnowice getöteten Personen wird von amtlicher russischer Seite auf 27, die Zahl der schwer Verwundeten auf 60 angegeben; von diesen dürften viele sterben. Die Rister der zahlreichen leichter Verwundeten ist nicht festgesetzt worden. Der Anführer der Streikenden war ein junger Mensch, ein selbstergelehrter. Mit vorgehaltenem Redolter wurden die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit aufgefordert. Das Militär gab auf dem Hofe der Hütte drei Salven ab, die erste blind, die anderen scharf. Als erster fiel der jugendliche Führer. Die Reihigen lagen gehäuft im Hofe, auch die Verwundeten. Auf der StraÙe kam es dann zu weiteren Kämpfen. Kassen wurden auf das höchste geschleudert, die Augen flogen in veräberfahrende Droßeln hinein.

Aus Warschau wird berichtet: Auf Anordnung des Generalgouverneurs fand eine Konferenz der bedeutendsten Warschauer Fabrikanten unter Teilnahme des Fabrik-Oberinspektors zur Feststellung der möglichen Zugeständnisse statt. — Infolge der Preissteigerung der Kohlen tritt ein aus Einwohnern der Stadt gebildetes Komitee wieder in Tätigkeit, um Kohlen in großen Quantitäten aus Schlesien zu bestellen.

Neben einer Warschauer Fabrik, in welcher die Arbeit wieder aufgenommen worden war, sammelten sich Ausländische an, um ihre arbeitenden Kameraden zu erwarten; es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei einige verwundet wurden.

Ferner wird durch das „Wolffsche Bureau“ gemeldet: Warschau, 10. Februar. In den Gouvernements Lublin, Plozt und Siedlce ist der Ausstand beendet. In Warschau und Lodz nehmen mehrere Fabriken die Arbeit wieder auf.

Sosnowice, 10. Februar. Heute wurde eine Bekanntmachung angeschlagen, wonach die Vertreter der Werksstätten, Fabriken und Gruben sowie die Gewerbeinspektion den Arbeitern erklären, Besprechungen könnten erst nach Wiederherstellung der Ordnung aufgenommen werden; sie schlagen vor, die Arbeit wieder aufzunehmen und Abgeordnete für die Verhandlungen zu wählen.

Aus Helsingfors wird uns gemeldet: Der Volkzieher des Strafgerichts auf den Senatprokurator Johnson, Leumart Hohenthal, ist ein junger Mann, geboren 1877. Nachdem er im Jahre 1900 Student geworden, widmete er sich medizinischen Studien auf der Universität zu Helsingfors und bildete sich als Raffeur aus. Er ist ein trefflicher Schütze. Unter seinen Kameraden war er bekannt als eine ruhige gutmütige Natur, immer bei guter Laune und darum in seinen Kreisen sehr beliebt. Er lebte besonders in der letzten Zeit sehr zurückgezogen. Niemand hatte eine Ahnung, mit welchen Plänen er beumging. Am wenigsten wußte davon sein Vater, ein Landpfarrer, und seine Brüder. Allgemein wird hier der Mut und die ruhige Niederlegung bewundert, mit welcher er seine aufopfernde, aus begeisterter Vaterlandsliebe entsprungene Handlung vollzogen hat. Allgemein wird auch das Schicksal beklagt, das ihn jetzt nach der Befehle erwartet, sobald er von seinen Wunden genesen ist, während der ermordete Prokurator nur von gewissenlosen Parteilägern der Regierung äußerlich betrauert wird.

Rundgebungen des Auslandes.

Aus Bern wird dem „Lokal-Anzeiger“ telegraphiert: In einer Versammlung der hiesigen sozialdemokratischen Partei, an der mehrere hundert russische Studenten und Studentinnen teilnahmen, wurde eine Resolution gefaßt, worin gegen den „verbrecherischen Zarismus“ und den „völkermordenden Krieg“ protestiert wird. Universitätsprofessor Reicheberg, Bern, ein Russe, bemerkte, die jetzige relative Ruhe in Rußland bedeute die Stille vor dem Sturm. Die russische Revolution werde ihren Gang nehmen und die Bande, welche die Arbeiterkaste ausbeute, weglegen.

Aus Industrie und Handel.

Jahresabrechnung der Nationalbank für Deutschland. Die Nationalbank für Deutschland veröffentlicht in diesem Jahre als erste der Berliner Großbanken ihre Bilanz. Im ganzen entspricht diese den Erwartungen, mit denen man in Börsen- und Geschäftskreisen der Abschlußrechnung entgegen sah. Im Jahre 1904 sind von den meisten Banken die letzten Nachwehen der Krise völlig überwunden worden. Die Lage der Industrie, speziell der für die Großbanken vornehmlich in Betracht kommenden Elektrizitätsindustrie, Kohlen- und Eisenindustrie, hat sich im ver-

gangenen Jahre wesentlich gebessert. Neugründungen und Kapitalerhöhungen sind wieder häufiger geworden, und der Kursstand der Industriek Aktien hat nach der schnell vorübergehenden Tournee beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges sich im Laufe des Jahres mit kleinen Unterbrechungen höher und höher emporgeschwungen, so daß die Banken imstande waren, ihre Effektenbestände meist zu recht günstigen Kursen zu realisieren. Die Banken haben also unter verhältnismäßig vorteilhaften Bedingungen gearbeitet, und ist deshalb auch durchweg bei ihnen auf höhere Erträge als in den letzten Jahren zu rechnen.

In den Jahresabschlussziffern der Nationalbank für Deutschland kommen diese günstigeren Umstände deutlich zum Ausdruck. Die Dividende beträgt 6 Proz. gegen 5 Proz. im Vorjahr. Das Guthaben und Verlustkonto ergibt einen fast um eine Million Mark größeren Bruttogewinn als im Vorjahr, nämlich 6 882 704 gegen 5 871 716 M., und der Reingewinn stellt sich auf 4 959 330 gegen 3 703 184 M. Nach dem offiziellen Ausweis setzt sich der Bruttogewinn aus folgenden Posten zusammen:

	1904	1903
Wechsel- und Zinsen-Konto	3 575 514	3 417 550
Provisions-Konto	1 737 300	1 345 731
Effekten- und Konfortial-Konto	1 203 648	358 377
Sorten- und Coupon-Konto	34 069	31 309

Die Aufstellung zeigt, daß ein bedeutender Teil des Mehrertrages auf das Konto des sogenannten laufenden regulären Geschäftes kommt. Das Provisionskonto, das für 1903 bereits einen Mehrertrag von 257 000 M. erbrachte, ist nämlich für 1904 abermals um 388 000 M. gestiegen. Auch das Wechsel- und Girokonto schließt mit einem Mehrertrag von circa 158 000 M. Am beträchtlichsten ist jedoch das Effekten- und Konfortialkonto gestiegen, nämlich von 358 377 M. auf 1 203 648 M.; doch resultiert diese Steigerung nicht allein aus den höheren Gewinnen bei Effektenverläufen und Emissionsbeteiligungen, sondern es kommt hierbei in Betracht, daß die Verwaltung der Bank bei der vorjährigen Gewinnerhebung für 1903 vorstehend 500 000 M. für Effekten- und Konfortialverluste abgeschrieben hat, da sie damals mit Kursrückgängen infolge des russisch-japanischen Krieges rechnen zu müssen glaubte; doch sind solche Verluste, wie schon oben erwähnt wurde, ausgeblieben.

Nach Abzug der Verwaltungslosten und Steuern 1 791 982,50 M. (1 652 794,10 M.), Abschreibung auf Inventar-Konto 26 622,40 M. (—) und auf Konto-Korrent-Konto 84 768,60 M. (15 737,58 M.) verbleibt ein verfügbarer Reingewinn von 4 959 330,50 M. (3 703 184,65 M.), von dem 6 Proz. Dividende verteilt werden sollen.

Das Bilanz-Konto per 31. Dezember 1904 stellt sich wie folgt:

	1904	1903
Aktiva:		
Kassa-Konto	5885 143,56	5 124 327,77
Sorten- und Coupons-Konto	1878 334,24	1 897 246,—
Guthaben bei Banken und Bankiers	7 670 511,16	5 566 501,22
Wechsel-Konto	41 419 827,52	35 547 568,90
Reportierte Effekten u. Lombardgelder	37 080 178,25	33 841 210,85
Eigene Effekten	11 400 475,00	18 770 389,40
Konfortial-Konto	19 203 869,70	18 402 549,25
Konto-Korrent-Konto Debitoren	85 901 201,88	70 694 561,21
davon 11 900 000 M. ungedeckt		
Inventar-Konto	100,—	100,—
Eigene Bankgebäude	1 800 000,—	1 800 000,—
Passiva:		
1904	1903	
Aktien-Kapital	60 000 000,—	60 000 000,—
Gesetzlicher Reservefonds	9 710 000,—	9 710 000,—
Beamten-Pensions- u. Unterstützungsfonds	7 161 773,—	6 491 100,40
Rückständige Dividenden	8 455,59	9 567,—
Akzepten-Konto	24 720 199,25	24 231 231,90
Konto-Korrent-Konto Kreditoren	11 207 543,36	88 251 410,65

Die Konfortialbestände umfassen: fest verzinsliche Werte 4 604 000 M. (4 758 000 M.), Eisenbahn-, Schiffahrts- und Bankaktien 5 077 000 M. (4 002 000 M.), Grundstücksbesitz Berlin und Vororte 1 587 000 M. (1 400 000 M.), Elektrizitätswerte 2 500 000 M. (2 576 000 M.), diverse Industrie-Unternehmungen 5 428 000 M. (5 011 000 M.).

Das Effektenkonto setzt sich zusammen aus: Deutsche Staats- und Stadt-Anleihen 2 847 000 (2 818 000 M.), Ausländische Fonds 1 146 000 M. (940 000 M.), Eisenbahn- und Industrie-Obligationen 912 000 M. (1 360 000 M.), Aktien von Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Gesellschaften 6 498 000 M. (8 657 000 M.).

Die Bilanz weist eine beträchtliche Ausdehnung des Geschäftsumfanges nach, die allerdings teilweise mit einem weiteren Rückgang der Liquidität erkauft ist. Die Verbindlichkeiten — Akzepten und Kreditoren — stellen sich auf rund 136,8 Millionen Mark, denen selbst dann, wenn man die gesamten Effekten hinzurechnet, an sogenannten flüssigen Mitteln nur circa 105,3 Millionen Mark gegenüberstehen, nämlich Kassa 5,89 Millionen Mark, Coupons und Sorten 1,88 Millionen Mark, Bankguthaben 7,67 Millionen Mark, Wechsel 41,42 Millionen Mark, eigene Effekten 11,4 Millionen Mark, Reports und Lombardgelder 37,03 Millionen Mark. Die Differenz beträgt also circa 31 Millionen Mark; beim vorigen Abschluß stellte sie sich dagegen nur auf 17 und bei dem für das Jahr 1902 nur auf 2 Millionen Mark.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat will, wie verlautet, nach Beendigung des Streiks die bisherige Förderbeschränkung auf ein Vierteljahr aufheben und den Bechern die volle Förderung freigeben. Es soll der Ausfall gedeckt werden, der durch den Streik erfolgt ist und der ungefähr 15 000 Wagen täglich betragen hat. Allerdings wird, wie es heißt, die volle Förderung nicht gleich stattfinden können, da zunächst die Aufräumungsarbeiten vorgenommen werden müssen, um die Schäden zu beseitigen, die durch den Streik entstanden sind.

Es wird sich ja zeigen, ob das Kohlenyndikat tatsächlich die Förderung völlig freigeben wird. Seiner früheren Preispolitik nach scheint es nicht ausgeschlossen, daß es den „Kohlenmangel“ noch eine Zeit lang aufrecht erhält und ihn zum Anlaß von Preissteigerungen nimmt.

Von Bedeutung für die Zukunft ist, daß die großen Mäcker immer stärkeren Einfluß auf das Syndikat gewinnen. Wie die „Duisburger Zeitung“ erfährt, wird jetzt auch Herr Schlichter, bisheriger Direktor der Sinesischen Bechen, demnächst in den Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats eintreten.

Große Berliner Straßenbahn. In der heutigen Aufsichtsrats-sitzung wurde beschlossen, der auf den 11. März d. J. einuberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7½ Proz. (i. H. 8 Proz.) auf das gegenüber dem im Vorjahre um 14 297 400 Mark erhöhte Aktienkapital in Vorschlag zu bringen.

Hörder Bergwerks- und Hüttenverein. Die für das erste Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres aufgestellte Rohbilanz des Hördorfer Bergwerks- und Hüttenvereins ergibt folgendes Resultat: Der Reinerlös-Überschuss nach Abzug der Verwaltungslosten beträgt 2 702 807 M. Nach weiterem Abzug der Zinsen v. von 316 255 M. verbleiben 2 386 552 M. gegen 2 885 108 M. bzw. 2 423 876 M. im Vorjahre. Die Ergebnisse der ersten zwei Monate des Jahres 1905 werden infolge des im Januar ausgebrochenen Bergarbeiter-Streiks nicht unwesentlich beeinträchtigt.

Gewerkschaftliches.

Vom Scharfmacher-Karneval.

Die Demaskierung.

Die bezahlten und die unbezahlten Pseudokarnevalen des Unternehmertums ergeben sich gern in allerlei Anwürfen gegen die Gewerkschaftsbewegung, unter denen der Vorwurf des schlimmsten Terrors nicht die kleinste Rolle spielt. Wenn wir aber an der Hand von Tatsachen diesen Vorwurf den Unternehmer-Vereinigungen zurückgeben, dann schreibt man Peter und Paul über angebliche Verheerung durch die sozialdemokratische Presse.

Da ist es interessant zu sehen, daß nun ein Scharfmacher-Organ, die „Vaugewerks-Zeitung“, das Mittel des Terrors als berechnete Waffe in der Hand des Unternehmertums anpreist und verherrlicht. Dieses Blatt bringt eine Uebersicht über die Kämpfe im Vaugewerbe im Jahre 1904, in der es auch auf den Kampf an der Unterwerfer zu sprechen kommt und dabei sagt:

„So hat der Arbeitgeberverband für das Vaugewerbe an der Unterwerfer den Beweis erbracht, daß es sehr wohl möglich ist, die vielen Vaugewerbetreibenden zu einem geschlossenen Ganzen zu vereinigen. Nur muß eine solche Einigung energig durchgeführt werden. Es ist durchaus nicht unbedingt notwendig, daß die verschiedenen Arbeitgeber sich der Arbeitgeber-Organisation ganz freiwillig anschließen. Nebenbei im Vaugewerbe gibt es Arbeiter, welche eine sozialdemokratische Vereinigung derjenigen zum Arbeitgeber-Verband vorziehen. In solchen Fällen darf der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes nicht vor der rücksichtslosen Anwendung aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel, z. B. Materialsperrern usw., zurückweichen. Ein Mitglied des Arbeitgeber-Verbandes darf unter keinen Umständen mit einem außerhalb desselben stehenden Handwerkermeister zusammen arbeiten bezw. von demselben Arbeiten ausführen oder ihm Material liefern. Die Anwendung dieser dem Laien vielleicht rigoros erscheinenden Mittel zieht unweigerlich einen festen Zusammenschluß der Arbeitgeber nach sich. Geht man dann, wie es in den Unterwerferorten und in Bremen geschehen ist, noch einen Schritt weiter und errichtet einen obligatorischen und paritätischen Arbeitsnachweis für den Verbandsbezirk, so kann man den gerade im Vaugewerbe gar oft frivol provozieren Streiks mit Ruhe entgegensehen. Ein Unterliegen der Arbeitgeber ist dann ausgeschlossen. Im Gegenteil! Mit solchen Waffen in der Hand wird es den Arbeitgebern im Vaugewerbe zweifellos gelingen, auch für ihr Gewerbe Ruhe und Ordnung zu schaffen und die immer übermütiger werdenden Gewerkschaften in ihre Schranken zurückzuweisen.“

Hier wird also rundweg alles bestätigt, was wir immer über die Kampfmethoden und die Kampfform in den Unternehmer-Verbänden gesagt haben. Am grauen Abendmittwoch freilich wird es den Herren leid tun, daß sie im Ueberschwang der Karnevalsstimmung einmal ihre wahre Natur verraten, daß sie die Maske zur Unzeit gelüftet haben. Wir aber werden uns merken, was sie dabei ausgeplaudert, und wir werden davon entsprechenden Gebrauch zu machen wissen! —

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Treppendauer-Arbeiter.

Die Kommission der Arbeitnehmer und Arbeitgeber hat sich in ihren Sitzungen auf einen zwischen beiden Organisationen vom 1. Februar d. J. bis 1. Februar 1906 abzuschließenden Vertrag mit folgenden Grundbedingungen geeinigt:

Die Arbeitszeit beträgt 62 Wochenstunden, Ueberstunden sind zu vermeiden. Der Mindestlohn beträgt pro Stunde 65 Pf. Dieser Lohn ist an jeden gelehrten Arbeiter zu zahlen, der noch nicht in der Treppengeländer-Branche gearbeitet hat. Für die durch Unfall, Alter oder Invalidität minderleistungsfähigen Gesellen, sowie für Junggesellen im ersten Gesellenjahre unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung. Alle anderen Arbeiter haben entsprechend ihrer Fähigkeit höhere Löhne zu verlangen. Die zurzeit gezahlten Löhne sind, soweit dieselben bisher unter 80 M. betragen, um 10 Proz., Löhne, die über 80 M. betragen, um 7½ Proz. zu erhöhen. Die Erhöhung der über 70 Pf. gezahlten Stundenlöhne unterliegt der freien Vereinbarung. Jeder auf dem Bau beschäftigte Arbeiter erhält pro Tag 75 Pf. (d. h. bei vollen Tagen) oder bei nur halbtägiger Beschäftigung 9 Pf. pro Stunde Zuschlag.

Außerdem sind noch entsprechende Vereinbarungen über Fahrgeldentschädigung usw. sowie über die einzelnen Akkordpositionen getroffen worden. Auch ist zur Schlichtung von Differenzen eine Schlichtungskommission vorgelesen. Bereits bestehende bessere Lohnbedingungen bleiben von dem Vertrage unberührt.

Mit vorliegendem Vertragsentwurf beschäftigte sich gestern Abend eine gut besuchte Versammlung der Arbeiter. Nach reger Aussprache wurde der Entwurf fast einstimmig gutgeheißen. Allgemein war auch die Auffassung vorhanden, daß auch die heute stattfindende Versammlung der Arbeitgeber dem Kommissionsentwurf ebenfalls ihre Zustimmung geben werde.

Der Streik der Gummi-Arbeiter in der vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabrik ist beendet. Am Donnerstag fanden Verhandlungen mit der Direktion statt, an welchen auch der Bevollmächtigte Bruns des Verbandes der Fabrikarbeiter teilnahm. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Der gemachte Abzug wird fallen gelassen, der strittige Artikel zu den alten Bedingungen nach wie vor bezahlt; die schon gemachten Abzüge werden zurückgezahlt. Sämtliche ausstehende Geworden werden insgesamt wieder eingestellt, Maßregelungen finden nicht statt.

Auch wurde die Errichtung eines Arbeiterausschusses gewünscht, und vom Herrn Direktor Spannagel, der bei den ganzen Verhandlungen ein weitgehendes Entgegenkommen an den Tag legte, wurde erklärt, daß er selbst, soweit dieses ihm möglich, sich für die Bildung von Arbeiterausschüssen in sämtlichen für die genannte Firma in Frage kommenden Fabriken bei der im Frühjahr stattfindenden Generalversammlung verwenden wolle.

Wäutung, Kleder! Den bei uns organisierten Kollegen wird hierdurch nochmals mitgeteilt, daß laut Versammlungsbeschluss vom 5. Februar jeder zu neuen Bedingungen arbeitende Kollege pro Arbeitsstag 25 Pf. Streiksteuer zu entrichten hat. Die Entrichtung dieses Beitrags erfolgt heute Sonnabend, abends von 5½ Uhr ab und Sonntag, vormittags von 9—11 Uhr im Bureau, Schützenstr. 18/19. Arbeitsberechtigungskarten unserer Organisation, in welchen bis Montag diese Beiträge nicht geleistet sind, haben keine Gültigkeit mehr, und machen wir hierauf die Bauarbeiter aller Branchen ganz besonders aufmerksam. Ferner sind alle etwaigen sich am Sonnabend bei der Lohnzahlung ergebenden Differenzen sofort im Bureau persönlich zu melden. Der Vorstand des Vereins der Kleder Berlin und Umgegend.

Ausland.

Die Lohnbewegung der Herrensektions-Arbeiterinnen und Arbeiter Kopenhagens führt allem Anschein nach ohne größere Kämpfe zu einem annehmbaren Ergebnis. Durch die Verhandlungen mit den Fabrikanten ist über den Tarif der Arbeiterinnen bereits eine Einigung erzielt worden, was die wesentlichen Bestimmungen anbelangt. Hinsichtlich des Gehälftentaris sind jedoch noch mehrere strittige Punkte zu erledigen, über die weiter verhandelt wird.

Der Streik der Zuschneider dauert fort. Die Organisation der Zuschneider hat an die Fabrikanten am Dienstag

ein Schreiben des Inhalts gerichtet, daß ihre Vertreter nach wie vor bereit seien zu verhandeln, selbst dann, wenn es auf einer anderen Grundlage als der ihrerseits vorgeschlagenen geschehen soll.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 10. Februar. Nach einem Telegramm aus B i n d u I sind verwundet: Leutnant Curt Riedel, geboren am 27. Mai 1882 zu Kiel, am 12. Januar d. J. auf Patrouille bei Godes, Knochenbruch in den rechten Oberarm; Reiter Franz Gruber, geboren am 3. Dezember 1876 zu Wierbach, am 31. Januar d. J. im Patrouillengefecht bei Rumb, leicht verwundet.

Verunglückt: Der Reiter August Schary, geboren am 17. September 1882 zu Straßburg, ist am 6. Februar d. J. auf dem Parade von Rumbach nach Rehoboth versehentlich von einem Kameraden erschossen worden.

Verbrecherlicher Anschlag auf einen Eisenbahnzug.

Essen, 10. Februar. Amlich wird gemeldet: Heute vormittag 5 Uhr 33 Minuten kurz vor der Durchfahrt des Schnellzuges 96, entbedte der Streckenläufer, daß in der östlichen Einfahrtweiche des Bahnhofs Katernberg-Süd, Richtung von Gelsenkirchen nach Katernberg-Süd, in verbrecherlicher Absicht sechs eiserne Deckplatten der nahegelegenen Betriebssäulen für Weichen und Signale, sowie drei große Fruchtsteine eingeklemmt waren. Als der Streckenläufer mit dem Begräumen begann, wurden auf ihn von den Verbrechern, die in 25 Meter Entfernung hinter einem Prellbock versteckt saßen, mehrere Schüsse abgegeben, ohne zu treffen. Der Streckenläufer lief erschreckt zu dem nächsten Bahnhofsarbeiterposten und veranlaßte durch den Fernsprecher, daß das für den Schnellzug 96 gezogene Einfahrtsignal auf Halt gestellt wurde. Der Schnellzug kam hierdurch rechtzeitig zum Halten und fuhr nach Beseitigung des Hindernisses durch das Zugpersonal mit 17 Minuten Verspätung unbeschädigt weiter. Für die Ergreifung der Täter ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Breslau, 10. Februar. (W. T. B.) Die Gebäude der Vereinigten Breslauer Oelfabriken am Wachtplatz sind niedergebrannt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Oesterreichischer Reichsrat.

Wien, 10. Februar. (W. T. B.) Abgeordnetenhause. In der ersten Lesung des Budgets: Wen einige Redner für die Interessen der Südslaven ein, forderten die Errichtung einer slowenischen Universität in Laibach und beschwerten sich über die Germanisierungs-Bestrebungen in Steiermark und Krain. Abgeordneter D i e d r u c h s d i (Pole) befragt die Bemühungen der Regierung, das Parlament wieder zu belassen. Redner erinnert daran, daß trotz der edlen Bestrebungen zur Sicherung des Weltfriedens der grausamste Krieg aller Zeiten entbrannt sei, dessen Ende unabweisbar sei, und aus dem der Natur entgegenstehe, daß nichts geschehen dürfe, was die Organisation des Meeres, seine Einheit und Schlagfertigkeit bedrohe. (Lebhafte Beifall.) Dieser Krieg lehre auch, daß der Aufruhr sich nicht auf das Schladachgebiet beschränke, sondern auch im Innern des gewaltigen Nachbarreiches sich ausdehne und selbst bis ins Königreich Polen eindringe. Redner erklärt, daß auch die Nationalgefühnte im Königreich Polen im Augenblick, wo die russische Regierung das Reformprojekt einer Prüfung unterzieht, ihre Wünsche in einem Memorandum niederlegen, die darauf hinzielen, zur Schaffung entsprechender gesetzlicher und nationaler Verhältnisse die soziale Frage derart zu lösen, daß eine Wiederholung der jüngsten blutigen Szenen verhindert werde. Nachdem Abgeordneter C h o c eine längere Rede in scheidender Sprache gehalten hat, werden die Verhandlungen abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 10. Februar. (W. T. B.) Morlot (radik.) begründet eine Interpellation über die Kirchenpolitik. Er schildert die jetzige Lage der Diözesen, die keinen Bischof und keinen Generalvikar haben, der unvollständigen Gesetzgebung zu und führt aus, der Regierung ständen zwei Lösungen zu Gebote, entweder die frühere Anwendung oder die Kündigung des Konkordats. Unter dem Beifall der äußersten Linken tritt der Redner für letztere Lösung ein. Morlot führt weiter aus, die Vorlage betreffend die Entlastung der Kirche sei keine ausreichende Antwort auf die provozierende Politik des Vatikan. Die Regierung müsse erklären, daß sie seit entworfen sei, die Trennung von Kirche und Staat durchzuführen, und sie werde die republikanische Weisheit des Landes hinter sich haben. (Lebhafte Beifall links.) — Gauthier de Clagny (Nationalist) gibt der Uebersetzung Ausdruck, daß der Gesetzentwurf lediglich ein Ableitungsmittel sei und in der gegenwärtigen Legislaturperiode nicht mehr zur Verabschiedung kommen werde, und empfiehlt, vor allem die Arbeiterpenstionsfrage zu erledigen. (Beifall rechts und im Zentrum, laum links.) — Abbe Gayraud von der Rechten sagt, es wäre weise, wenn man ein friedensstiftendes Werk verrichtete, die Beziehungen zum Vatikan wieder anzuknüpfen und das Konkordat revidierte. (Protestrufe links.) — Minister Viennois-Martin erklärt: Die zurzeit diskutierten Diözesen werden bald bleiben, die Diözese Dijon betrachten die Regierung aber nicht als vakant. (Beifall links.) Das einzige Mittel zur Beendigung der anormalen Lage ist die Entlastung der Kirche. Die Regierungsvorlage ist eingebracht und wie werden dafür Sorge tragen, daß sie so schnell als möglich zur Erledigung kommt. (Lebhafte Beifall auf der ganzen Linken und Bravour.)

Die Deputiertenkammer nahm mit 386 gegen 111 Stimmen eine von Rouvier gebilligte Tagesordnung an, welche besagt, angeht die Haltung des Vatikan müsse die Regierung die Vorlage über die Trennung der Kirche vom Staat zur Verabschiedung bringen, und zwar nach der Votierung des Budgets und der Militärvorlage. Sodann wurde einstimmig ein Amendement Sembat angenommen, durch welches das Verlangen ausgesprochen wird, daß im Laufe der Session das Arbeiterpenstions-Gesetz votiert werde.

Die zweijährige Dienstzeit vor dem Senat.

Paris, 10. Februar. (W. T. B.) Die Beratung über die Vorlage betreffend die zweijährige Dienstzeit wird fortgesetzt. Die Bestimmung, wonach die Mediziner und die Geistlichen in das Sanitätskorps eingestellt werden sollen, wird aufgehoben. Roubenot schlägt ein Amendement vor, wonach die Uebungsperioden der Reservisten der Territorialarmee verkürzt werden sollen. Kriegsminister Dureau erklärt, daß er mit diesem Vorschlag einverstanden sei. Das Amendement wird aber mit 164 gegen 114 Stimmen abgelehnt. Der Senat nimmt sodann ein Amendement an, wonach neue Rekrutierungen auf 1½ und 2½ Jahre abgeschlossen werden dürfen. Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Paris, 10. Februar. (W. T. B.) In dem heute im Hofe abgehaltenen Ministerrat wurde über die heute in der Deputiertenkammer eingebrachte Interpellation betreffend die Beziehungen zwischen Staat und Kirche verhandelt. Die Regierung wird zur Verantwortung der Interpellation bereit sein, sobald die Kommission, welcher der die Trennung von Staat und Kirche betreffende Gesetzentwurf überwiesen ist, ihren Bericht erstattet haben wird.

Die Revolution in Russland.

Petersburg, 10. Februar. (W. T. B.) In der Umgebung des Putilowwerkes breitet sich der Unstuh aus; ungefähr fünfzig Werke mit 17 000 Arbeitern haben die Arbeit eingestellt. Nur zwei Werke arbeiten. In der Stadt sind heunruhigende Gerüchte im Umlauf, aber in Wirklichkeit ist alles ruhig. Die Ordnung ist nirgends gestört. Zwei Bekanntmachungen in der verstärkte Verteidigungszustand in den Gouvernements Kaschik, Sedleg, Kadow, der Stadt Koutaice, in den Bezirken Koutaice, Dgourzsch, Korozenak und dem Gouvernement Koutaice eingeführt.

Reichstag.

188. Sitzung vom Freitag, den 10. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf Posa dowsky. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung der Handelsverträge mit Italien, Belgien, Russland, Rumänien, der Schweiz, Serbien und Oesterreich-Ungarn.

Abg. Gamp (Sp.): Bisnard hatte den Grundgedanken politische Zugeständnisse durch wirtschaftliche Opfer erkaufen zu lassen. Er hat durch sein staatsmännisches Genie es auch verstanden, diesen Grundgedanken durchzuführen. Graf Caprivi, man mag sonst denken über ihn, wie man will, war jedenfalls kein Freund der Landwirtschaft. — Wenn die gegenwärtigen Verträge nicht besser sind, so liegt das daran, daß die Vertreter des Auslandes immer wieder auf Anfechtungen von Mitgliedern dieses Hauses hinweisen konnten, die, angeblich als Sachverständige, erklärt hatten, dieser oder jener Zollsatz sei unmöglich. Aber Graf Bälou hat verprochen, der Landwirtschaft zu helfen, und ich kann im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß Graf Bälou diese Woche sein Versprechen eingelöst hat, und daß er für die Landwirtschaft erreicht hat, was überhaupt zu erreichen war. (Beifall bei der Reichspartei.) Es kann ja nicht zweifelhaft sein, daß die Landwirtschaft, wenn diese Verträge nicht zustande gekommen wären, weiter unter den Coprivischen Handelsverträgen hätte leiden müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einiges ist für die Landwirtschaft erreicht, so die Erhöhung des Hagerzollens von 2,80 M. auf 5 M., anderes ist nicht erreicht, z. B. ist der Rübenzoll nicht gesenkt. Ich kann dem Grafen Posa dowsky nicht beistimmen, daß die Verbilligung der Futtermittel für die Landwirtschaft günstig sei; denn sieben Aelster Futtermittel in Deutschland sind einheimische Produkte. Ich möchte die dringende Hoffnung ausdrücken, daß die Reichsregierung den Restzoll im Verkehr mit Amerika nicht weiter ermäßigt. Die Zölle für Pferde, Schafe und Schweine sind verbilligend. 1903 exportierte Deutschland über drei Millionen Schweine. Jedenfalls die Einfuhrzölle müssen also gegeben, daß es Nachbargebiete geben muß, wo der Preis der Schweine höher ist als bei uns. Wir hätten ja sonst keinen Vorteil vom Exportieren. Wir wollen ja überhaupt keinen Vorteil für uns. (Gelächter links.) Was wir wollen, geschieht im Interesse unserer Arbeiter. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir möchten die Schweineproduktion möglichst selbst übernehmen. (Heiterkeit.) Der für uns ungünstigste Teil der ganzen Verträge ist die Seuchenkonvention mit Oesterreich-Ungarn. Einzelne österreichische Gebiete sind bis zu 10% verunreinigt. Bei uns wird ein Viehstich schon gesperrt, wenn nur ein Fall von Rotlauf vorkommt. Nach der neuen Konvention sollen überhaupt nur kleine Bezirke der Grenze gesperrt werden. Wenn Oesterreich sagt, es herrsche dort oder dort Seuchheit, so sind unsere Hände vollständig gebunden. Es scheint, als ob wir genötigt sind, diese Verträge alle ohne Ausnahme zusammen anzunehmen. Dann werden wir uns aber doch überlegen müssen, ob wir nicht das Reich verpflichten sollen, für den durch die Verfechtung verursachten Schaden anzukommen.

Die Industrie hat keineswegs erreicht, was sie zu tun hätte. Wenn sich auch nichts wird ändern lassen, so halte ich es doch für notwendig, zwei besonders schwer geschädigte Industrien hier noch besonders zu erwähnen. Die Papier- und Pappe-Industrie ist fast völlig ungeschädigt geblieben. Sehr schwer ist auch die Textilindustrie, insbesondere im Kottbusser Bezirke, getroffen. Ihre Ausfuhr nach der Schweiz und nach Rumänien ist durch die neuen Handelsverträge fast völlig unterbunden. Sie hat dem Vertreter von Kottbus im Reichstage, meinem Freunde v. Dürfen, ausdrücklich die Aufforderung gemacht, gegen die Handelsverträge zu stimmen. (Hört! hört! links.) Wie sind damit einverstanden, daß die Handelsverträge einer Kommission überweisen werden, wenn wir dort auch nicht so eingehend vorgehen wollen wie beim Zolltarif. (Nach links.) Herr Raemf und Herr Vernstein waren sich über das Maß in der Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht einig. Ich glaube mit Herrn Raemf, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, insbesondere der gewerblichen Arbeiter, sich ganz bedeutend gebessert haben. Auch die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter haben sich gebessert, obwohl die Landwirtschaft ja eigentlich überhaupt nicht viel weggegeben hat. Wenn Herr Vernstein sagt, die Ansprüche der Bauern seien gestiegen, so hat er keine Ahnung von den landwirtschaftlichen Verhältnissen. (Sehr wahr! rechts.) Die Bauern sind oft schlechter gestellt als ihre eigenen Arbeiter, nähren sich schlechter und müssen mehr arbeiten als diese. (Lebhafte Zustimmung! rechts.)

Kollege Vernstein warnte vor einer Überdehnung der Getreidepreise, es könnten sonst Hungerjahre kommen. Er wird mir zu geben, daß je größer die inländische Produktion ist, desto niedriger die Preise sind. Wenn Mähernten kommen, können ja die Zölle suspendiert werden. Was die hohen Kartoffelpreise mit dem Zolltarif zu tun haben, verstehe ich nicht. Die Frühkartoffeln, die so teuer sind, werden übrigens von den Arbeitern und ihren Vertretern wenig gegessen. (Zuruf: Von den Vertretern doch!) Ich bin gern bereit, Ihnen auf zehn Jahre Kartoffeln zu 1,20 M. zu beschaffen, wenn Herr Singer die Garantie übernimmt. (Große Heiterkeit.) Der Kollege Sternberg (Heiterkeit) hat auch auf die ungünstigen Wohnungsverhältnisse für die Arbeiter hingewiesen. Diese gebe ich zu. Das beste Mittel dagegen wäre, wenn jeder, der nach einem Orte zieht, erst den Nachweis erbringen muß, daß er eine sanitären Ansprüchen genügende Wohnung hat. Das ist keine Beschränkung der Freizügigkeit. (Lebhafte Widerspruch links), sondern ein durchaus billiges Verlangen. (Sehr richtig! rechts.) Die Landwirtschaft hat in den letzten 30 Jahren keine Renten mehr abgeworfen. Gott möge Deutschland vor europäischen Zuständen bewahren! (Beifall rechts.)

Abg. Gothein (Sp. V.): Wir können dem jetzigen Reichskanzler ganz außerordentlich dankbar sein für die Mittelung jener Anekdote, der zufolge Fürst Bisnard zum russischen Minister gesagt hat: „Weinen Sie nicht, unsere Agrarzölle werden Ihnen eine Industrie schaffen.“ Die Ergänzung zu diesem „No plures pas“ (Weinen Sie nicht!) ist aber, zur eigenen Industrie zu sagen: Pleurez! (Weinen Sie.) Selbst ein Organ, welches dem Reichskanzler so wohl gefehlt ist, wie die „Vorwärts“, ist ganz erstaunt und ordentlich perplex über den Inhalt des Fürsten Bisnard. Wir sind nicht erstaunt. Wir haben gewußt, was kommen würde. Demals aber lachte Fürst Bisnard und die Reichstagsmehrheit über die Korcorat, die öffentlich ähnliches gesagt haben. „Schutz Zoll“ ist eine gute Bezeichnung; es handelt sich um den Schutz der ausländischen Industrie. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Das ist der Schutz der nationalen Arbeit. (Lauter Lachen rechts.) Und diese selbe Politik hat sich nicht gemiert, gegen uns den Vorwurf zu erheben: „Eigentum des Auslandes!“ (Sehr richtig! rechts.) Ist der Agent des Auslandes, der die deutsche Industrie fördern will gegenüber der russischen, der österreichischen usw., oder der, der die deutschen Arbeiter ins Ausland treiben will? Sie (nach rechts) treiben den Schutz der Grundrente im Inland und die Industrie ins Ausland. (Lachen rechts.) Was aus dem arbeitenden Volk in der Industrie, was aus den Millionen jährlings Zuwachs wird, ist Ihnen gleichgültig. Das ist der Gipfel der nationalen Selbstverleugung. (Lauter Lachen rechts.) Diese Förderung der russischen, Schweizerischen, österreichischen, bulgarischen, serbischen, rumänischen, italienischen Industrie, läßt alle Russenkrecher, die wir bis jetzt erlebt haben, weit zurück. Der Herr Reichskanzler hat ein großes Moment gemacht über die Entwicklung des Landes. Er mußte aber wissen, daß diese Entwicklung bereits vor den Handelsverträgen eingetreten ist. Der Herr Reichskanzler hält diese Entwicklung

der Landwirtschaft für die Krankheit eines wichtigen Gliedes der Volkswirtschaft. Er hat wohl nie Gelegenheit gehabt, das Wachstum eines Menschen von Anfang an zu verfolgen. (Heiterkeit.) Da zeigt sich auch die Eigentümlichkeit, daß zuerst der Kopf ganz groß ist und dann mit dem Kleinerwerden des Kopfes die anderen Gliedmaßen wachsen. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich in diesem Falle die Landwirtschaft den Kopf nenne. Nun könnte ein „Küger“ Arzt kommen und sagen: Der Kopf bleibt ja zurück und wächst nicht in entsprechendem Maßstabe. — Das ist genau der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers. Die naturgemäße Entwicklung beklagt der Herr Reichskanzler als Krankheit eines wichtigen Gliedes, und der Doktor Wilson-Wienbart kommt und schneidet einem Teile das Blut ab und pustet den anderen auf. Und dann erwartet er, daß ein gesundes Wesen daraus entstehe. (Sehr gut! und Heiterkeit links; große Unruhe rechts.) Es hat mich gewundert, wie der Finanzminister seine Anschauung begründet hat, daß die kleinen Besitzer große Vorteile von den Getreidezöllen haben. Er hat zum Beweise lediglich angeführt, daß es viele kleine und mittlere Betriebe in Deutschland gäbe.

Aber aus der großen Zahl der Betriebe ergibt sich doch noch nicht, daß sie Vorteile haben von den Getreidezöllen. Wie außerordentlich niedrig muß der preussische Finanzminister die Intelligenz der Mehrheitspartei im Landtage einschätzen, daß er ihnen mit solchen Argumenten kommt. Herr Kämpf hat schon darauf hingewiesen, daß ein Mann, der mit solchen „vergifteten Waffen“ kämpfte, Fürst Hohenlohe war. Herr Gamp meinte, Fürst Hohenlohe habe da nur vorgelesen, was ihm ein Geheimrat vorlegte. Herr Gamp, der mit den Verhältnissen der vortragenden Käte ausgezeichnete Bekanntschaft hat, hat ja vielleicht bei uns in einem Minister mit dieser Vermutung recht. (Sehr gut! links), aber unglücklicherweise hat er gerade den Fürsten Hohenlohe genannt. Fürst Hohenlohe hat nämlich mal selbst mit mir über diese Frage gesprochen. (Minutenlanges Gelächter rechts.) Er betonte, daß er seine Lieberzeugung aus dem Studium der landwirtschaftlichen Enquêtes gewonnen habe, die bekanntlich 1880—1892 von den Bundesstaaten in umfangreichem Maße veranstaltet wurden. Dort ist immer wieder darauf hingewiesen, wenn die Landwirtschaft sich in Not befindet, so beruht das auf dem zu ausgedehnten Getreidebau und der mangelhaften Viehzucht. (Gelächter rechts, sehr richtig! links.) Als ich Ihnen seinerzeit vieler solcher Gutachten verlesen habe, haben Sie „genug, genug“ gerufen und der Präsident hat mich gefragt, ob ich noch viel verlesen würde. Daher habe ich es mit Rücksicht auf das Haus unterlassen; ich könnte Ihnen aber noch hunderte solcher Aufzeichnungen verlesen. Fürst Hohenlohe entnahm diesen Enquêtes, daß 66 Proz. aller Betriebe, das heißt etwa 15 Millionen Menschen, die Familie zu drei Köpfen gerechnet — von erhöhten Getreidepreisen keinen Vorteil hätten. Ein anderer Mann, der sogar von der Regierung so oft zitiert ist, der Nationalökonom v. v. Prof. Conrad in Halle, schreibt, es handele sich lediglich um den Kampf der Großgrundbesitzer, und zwar nicht um ihre Existenz, sondern um ihren jetzigen Besitzstand. Der Kleinbauer habe gar kein Interesse daran. (Beifall links.) Sie zitieren gern Schiffe. Aber auch Schiffe hat das besselbe gesagt. (Zustimmung links.) Hollmann hat mit solchen „vergifteten Waffen“ gekämpft. In meinem Wahlkreise ist ein Bauerndorf, da gibt es keinen einzigen Bauern, der auch nur einen Zentner Getreide verkauft! Aus Oberbessen wird ebenfalls berichtet von ganz unparteiischer Seite, daß die Bauern so gut wie gar kein Interesse am Steigen der Getreidepreise haben. In Pommern hat ein Kreisvorsitzender des Bundes der Landwirte selbst gesagt, daß ein Bauer unter 10 Hektar Besitz kein Getreide verkaufen kann; die Bauern selbst setzen diese Grenze sogar auf 15—20 Hektare hinauf. In der ganzen deutschen Landwirtschaft kommen nur 20 Proz. der Einnahmen aus dem Getreideverkauf. Hohe Getreidepreise sind immer der Verderber für den Kleinbauern gewesen. (Lachen rechts.) In England fängt die Bewegung 1700 an. Vorher blühte der englische Bauernstand. Er ging unter infolge der hohen Getreidepreise. (Widerspruch.) Dann ist man in deutschen Öfen der Bauer zu Grunde gegangen? Sie sollten wenigstens die grundlegenden Werte darüber kennen, so die von Knapp und Fuchs und, wenn sie diese nicht kennen, lesen Sie das Werk eines großen deutschen Patrioten, ich meine Ernst Rortz Arndt: „Ueber das Auskommen der Leibeigenschaft“. Er hat unwiderleglich nachgewiesen, daß lediglich die Vertriebsumwälzung, die zunehmende Rentabilität des Getreidebaues das „Bauernlegen“ verschuldet hat. Die Junker hätten ihn auch deshalb und wollten ihn aus dem Lande weisen, was die schlimmste Strafe war. Den Bauern verlies man nicht aus dem Lande, denn das wäre ja keine Strafe, sondern ein Vorteil für ihn. Wenn ein fähiger Knecht eingekauft wurde, bekam er 30, wenn es eine Waise war, 25 ausgezahlt, ich brauche nicht zu sagen, wozu. Der Reichskanzler, der ja Medlenburger von Abstammung ist, kann ja in den Akten darüber nachsehen. In Medlenburg passierte auch einmal das Versehen, daß die Prigeltstraße bloß für die Erwachsenen befand, nicht für die Kinder. (Heiterkeit.) Als dieser Zustand beseitigt wurde, brachte der „Bladderdash“ das Gedicht:

Jetzt werden nicht die Großen,
Die Männer und die Frauen,
Jetzt werden auf den Wöfen
... auch wir gehaunt.

(Große Heiterkeit im ganzen Hause.) Das sind die Wirkungen der hohen Getreidepreise. Die steigende Rentabilität des Getreidebaues dauerte bei uns bis etwa 1880, dann trat der Stillstand ein. Inzwischen hat sich die englische Landwirtschaft den veränderten Verhältnissen angepaßt, sich der Milchwirtschaft, dem Obst- und Gemüsebau gewidmet. Jetzt beträgt der Wert der Erzeugnisse des Grund und Bodens 60 Proz. mehr als zur Zeit der höchsten Getreidezölle. Wenn eine tiefe Steigerung des Preises aller tierischen Erzeugnisse, die wir an der Hand der Statistik leicht nachweisen können, im letzten Menschenalter erfolgt ist, wozu ist dann für sie noch ein erhöhter Zollschutz notwendig? Gerade mit sinkenden Getreidepreisen ist der Wert der tierischen Produkte in England gestiegen. Die Interessen von Groß- und Kleingrundbesitz sind also strikt entgegengesetzt. (Sehr wahr! links.) Nun sagte Graf Bälou auf dem Festmahl des Landwirtschaftsrates, man solle die landwirtschaftlichen Arbeiter sehr hart machen. Das klingt mir stets etwas unangenehm nach. (Sehr gut! links — der Reichskanzler winkt mit der Hand ab.) Gerade bei den sinkenden Getreidepreisen im letzten Jahrzehnte sind die Löhne der Landarbeiter gestiegen. (Zuruf rechts: Auch im Osten!) Gewiß, ich will Ihnen zugeben, auch im Osten. (Große Heiterkeit und „Hört, hört!“ rechts.) Aber das beweist doch nur, daß absolut kein Zusammenhang zwischen Getreidepreisen und Lohnhöhe besteht. (Unruhe rechts.) Zur Zeit der höchsten Getreidepreise mußte den Landarbeitern Zuschuß aus der Armenkasse gegeben werden, damit sie nur nicht verhungerten. Wie war das Glend der Landarbeiter unsagbarer als in diesen Zeiten. Bei Aufhebung des Getreidezolls würde der Preis des Getreides gar nicht einmal so sehr heruntergehen. Trotzdem wirkt der Getreidezoll ungeheuer schädlich, weil er den Preis außerhalb der Zollgrenzen in den „ungefährten“ Ländern herabdrückt, so daß dort die Arbeiter billiges Brot haben, bei verhältnismäßig billigen Löhnen lieblich existieren können, so daß dort die Industrie die günstigsten Vorbedingungen hat, um unsere eigene Industrie aus dem Felde zu schlagen. So müßt der Getreidezoll den Landwirten viel weniger, als er die übrigen Volksgenossen schädigt. Die französischen Sozialisten werden von unserer Regierung gelobt, weil sie für Schutz Zoll waren. Ja, warum sollen die französischen Sozialisten nicht auch einmal eine Dummheit machen. Aber das Argument

würde ja doch nur Wert haben, wenn es nun der französischen Landwirtschaft besonders gut ginge unter den Schutzzöllen. (Zuruf bei den Konservativen: tut es auch!) Ich habe diesen Zuruf erwartet und mit ein Blatt aus der „Kreuz-Zeitung“ aufgehoben, in der die französische Landwirtschaft in den trübsten Farben geschildert wird. (Große Heiterkeit links.) Ich kann doch nicht annehmen, daß ein so ernstes Blatt wie die „Kreuz-Zeitung“ ins etwas vorsichwindelt. (Ernste Heiterkeit links.) Und doch kann Frankreich diese Zölle noch eher vertragen, weil es nicht unsere Bevölkerungszunahme hat. Unsere Bevölkerungszunahme beruht auf der Verminderung der Sterbeziffer, nicht auf der Vermehrung der Geburtenziffer. Im Jahrzehnt, wo wir die höchsten Getreidepreise hatten, war die Sterbeziffer sehr hoch. Erst im Jahre 1894, mit dem russischen Handelsvertrag, sank die Sterbeziffer rapide herunter. Das machte besserer Verdienst und billigeres Brot. Speziell die Tuberkulose hat abgenommen, das hat vor allen die Verbilligung der Lebensmittel bewirkt. In England sind sie noch billiger, und die Tuberkulose ist auch geringer. Ihre Politik ist also eine massenwiderische! (Lachen rechts.) Das sogenannte Handelsverträge möglich waren auf Grund des neuen Tarifs, habe ich schon vor zwei Jahren angeführt. Aber es kommt nicht darauf an, wie die Dinge heißen, sondern wie sie sind. Die „Handelsverträge“ sollten lieber Mißhandelsverträge heißen. (Sehr richtig!) und Heiterkeit links, Widerspruch rechts), denn sie mißhandeln die Wohlhabender des größten Teiles der Nation. Und dafür haben wir große russische Anleihen aufnehmen müssen. Freilich die Russen bezahlen pünktlich ihre Zinsen — so lange ihnen noch jemand pumpt. Sie handeln nach dem Heineschen Vers:

Mensch bezahle Deine Zinsen,
Lang ist Deine Lebensbahn,
Und Du wirst noch öfter pumpen,
Wie Du es schon oft getan.

(Große Heiterkeit.) Als die freisinnigen Blätter schrieben, der russische Zolltarif werde erlaubt gegen eine russische Anleihe von 400 bis 500 Millionen, schrieben die offiziellen Blätter, das sei wieder so ein freisinniger Schwindel. Als aber dann die Anleihe ausgenommen wurde, haben sie sich dieser „vergifteten Waffen“ gar nicht mehr erinnert. Wir gehen den denkbar traurigsten Zuständen entgegen. Der Reichskanzler Graf Bälou sagte auf dem Bankett des deutschen Landwirtschaftsrates, von der Saat, die in den Dezember tagen gefät sei, werde jetzt die Ernte eingebracht. Es ist eine traurige Ernte, die sie aus trauriger Saat einheimen werden. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn die bisher relativ guten Zustände Deutschlands rasch unerträglich werden, wenn aller Fortschritt aufhört und wenn Sie Sturm ernten; denn Sie haben Bind gefät. (Lebhafte Beifall links.) Ironisches Bravo rechts, das minutenlang andauert. Erneuter Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posa dowsky: Die Anekdote von der Unterhaltung des Fürsten Bisnard mit dem Fürsten Gortischaloff nach Erhöhung der deutschen Getreidezölle darf nicht mit so übermäßig deutscher Gränblichkeit behandelt werden, wie der Herr Vorredner getan hat. Fürst Bisnard legte eben nicht den höchsten Wert darauf, die fremden Regierungen nicht zu beleidigen und ihnen das Unangenehme von der weniger tragischen Seite darzustellen. Glaub! der Abgeordnete Gothein wirklich, daß sich die russische Industrie ohne diese Unterhaltung nicht entwickelt hätte? Diese Unterhaltung ruht darauf, daß auch in Russland ein Kulturboll entwickelt ist, das seine Hilfsquellen allmählich mit Hilfe der Industrie erschließen will. Wenn es wahr ist, daß kein Zoll Deutschland nützt, so kann ungeleht auch kein Zoll den deutschen Konsumenten belasten.

Der Abgeordnete Gothein prophete, ich werde ihn sicherlich an diese Prophezeie erinnern, daß bei den hohen Getreidezöllen des Auslandes ein Export der deutschen Industrie unmöglich wäre. Auf der anderen Seite leugnete er die Wirksamkeit hoher Getreidezölle für die deutsche Landwirtschaft. Das ist ein zweiter Widerspruch. Daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte gestiegen sind, sagt gar nichts. Ich habe schon neulich ausgeführt, daß die Produktkosten gegenüber den Preisen der Produkte unverhältnismäßig hoch sind und daher die Rot der deutschen Landwirtschaft kommt. Man mag von der vielleicht übertriebenen Agitation der landwirtschaftlichen Interessentkreise denken, was man will, aber wenn sich der Landwirte eine so tief gehende Bewegung bemächtigt, wie in den letzten zehn Jahren, so müssen tiefe Gründe dafür maßgebend gewesen sein. Es liegt aber im politischen Interesse der gegenwärtigen Regierung, den berechtigten Wünschen der Landwirtschaft entgegenzukommen. Das haben wir getan. Zwischen hohen Getreidepreisen und der Auswanderung besteht keinerlei Zusammenhang. Gerade unter den niedrigen Getreidepreisen war die Auswanderung aus England auf die Nachrich von marshallischen Löhnen hin, die in Amerika gezahlt werden sollten, am allergrößten. Es ist unrichtig, daß die meisten Landwirte kein Getreide verkaufen. Unsere amtliche Statistik ergibt für Wirtschaften von 2 bis 4 Hektar große Summen verkauften Getreides. (Zuruf links: Und wie viel verkauft?) Was wieder gekauft worden ist, geht uns gar nichts an. (Große Heiterkeit und Unruhe links.) Gegenüber dem Abg. Gamp bemerke ich, daß die österreichischen Sperrbezirke sehr groß sind, und daß wir es strikte abgelehnt haben, die Grenzsperrung von einem zahlenmäßigen Grad der Verfechtung abhängig zu machen. Die spezielle Antwort gegenüber dem Abg. Gothein will ich dem Staatssekretär Vermut überlassen. Ich will nicht auf die Zollfrage, sondern nur auf die neuen Formen des internationalen Warenaustausches eingehen. Daß z. B. Russland den Verzicht auf das Ausfuhrverbot von Holz ausgesprochen hat, ist für unsere Sägenmüllindustrie wichtig. Sehr wichtig sind die Ausfuhrstellen, ferner die Einreichung des Warenverzeichnis, ferner hat sich Russland verpflichtet, daß auch noch in Fällen, wo seine obersten Zollbehörden gesprochen haben, noch diplomatische Verhandlungen erlaubt sind. Ich erinnere an die Regelung des Urheberrechts, ein aller Wunsch unserer Buchindustrie, dann die Vereinbarungen über den Arbeiterlohn. In der Zollpolitik schreiten wir in der Welt voran, und wir haben ein Interesse daran, daß andere Länder uns nachfolgen.

Wir haben ferner erreicht, was besonders wichtig für Albed ist, daß unser Verhältnis zu Finnland das alte geblieben ist, und daß eine Kündigung der Zollverträge in Finnland seitens Russlands uns zwei Jahre vorher mitgeteilt werden muß. Für unsere Pulverfabriken bedeutungsvoll ist die Erlaubnis der Durchfuhr von Waffen und Munition nach dem Orient. Wichtig ist ferner die wesentliche Ermäßigung für Schmiedele und Bleichungsöle. Die kleinen Handwerker sind nunmehr in der Lage, kleinere Motorkräfte in viel größerem Umfang als bisher zu verwenden. Solchen Handelsvertrag darf man nicht so beurteilen, daß man einzelne Zölle herausnimmt, ohne irgendwie nachzuweisen, daß wirklich unsere Ausfuhr sachlich geschädigt ist. Daß wir erhöhte Industriezölle tragen müssen, das wachte jeder. Auf den Kasandrarat erwidere ich, daß wir mit jedem Atout, den wir in der Hand gehabt haben, auch einen Stich gemacht haben. (Bravo! rechts.)

Direktor im Reichsamt des Innern Bernuth: Herr Gothein hat es immer so hingestellt, als ob jede Zollherhöhung über den jetzigen Tarif prohibitiv wirken müsse. Auf diesem Wege können wir ihm nicht folgen. Neben dem Schlagwort, mit diesem Zolltarif sei kein Vertrag zu erreichen, hat uns am meisten geschadet das Wort: „unserer autonomen Tarif glaubt ja doch kein Mensch.“ Darauf bezief man sich und wies darauf hin, die Zölle unserer Zinsen hätten ja selbst gesagt, unser autonomer Tarif sei nicht ernst zu nehmen. (Hört! hört! rechts.) Das war natürlich für uns sehr unangenehm. Es ist uns zwar trotzdem gelungen, eine ganze Menge zu erreichen, aber wenn dieses Wort uns geschadet hat, so vor allem unserer Ausfuhr. (Hört! hört! rechts.)

Sinter den ausländischen Industriezweigen sehen große, einflussreiche Kapitalistengruppen. Da war es nicht so leicht, etwas für uns zu erreichen. Wir haben um jede Kopfe, um jeden Heller, Krappen und Centimes schwer ringen müssen. — Es wird immer gefagt, Deutschland sei mit seinen hohen Zöllen vorangegangen, so daß die anderen Staaten nachfolgen mußten. Aber als wir 1890—1891 bereit waren, die Zölle herabzusetzen, da brach zwar eine Ära der Verhandlungen an, aber nicht deshalb, weil andere Staaten das Bedürfnis gehabt hätten, uns mit der Zollherabsetzung nachzufolgen.

Was die Maschinenindustrie anlangt, so haben wir selbst an einer wesentlichen Erhöhung der Zölle festgehalten. Andere Länder, namentlich Rußland, haben das gleiche getan. Wer konnte sie daran hindern? Doch haben wir für Nähmaschinen in Italien, für Fahrräder in Oesterreich-Ungarn Zollermäßigungen erhalten, obgleich beide Maschinenarten bei uns gut geschützt sind.

(Was Redner über die Baumwollindustrie sagt, bleibt größtenteils unberücksichtigt.)

Für Baumwollgarne haben wir recht namhafte Erfolge erzielt. Für Wolle kommt die Schweiz als wichtigstes Ausführland in Betracht und da ist es uns gelungen, die außerordentlich hohen Zölle soweit herabzudrücken, daß die Ausfuhr, wenn auch noch erschwert, so doch nicht ganz unmöglich gemacht ist. Auch für die Konfektion kommt vor allem die Schweiz in Betracht. Die Zölle waren von 105 auf 300 erhöht, und wenn es uns gelungen ist, von 300 wieder auf 140 herabzukommen, so ist das doch kein unbedeutender Erfolg, der auch nicht etwa ohne weiteres erreicht ist, sondern mit schweren Opfern nach langen Verhandlungen. Gerade für die Eisenindustrie haben wir uns aufs äußerste bei den Handelsvertrags-Verhandlungen angestrengt. Besonders bei Rußland haben wir eine völlige Festsetzung erreicht, so daß Ueberziehungen, wie die im Jahre 1900 ausgehoben sein dürften. Ich siehe ganz auf dem Standpunkt des Abg. Raempf, daß nicht die Bindung und Herabsetzung der Industriezölle, sondern die Stabilität der Verhältnisse das Richtige ist. Wenn immer wieder auf die gegenseitige Anfechtung hingewiesen wird, so möchte ich betonen, daß allerdings 1894 beim Handelsvertrage mit Rußland die Hauptphase für uns eine Ermäßigung der Eisenzölle war. Trotzdem ist unsere Einfuhr an Eisen-Galvanisierfabrikaten nach Rußland von 50 auf 3 Millionen gestiegen, also minimal geworden. Da kann man uns nicht zumuten, eine solche Politik fortzusetzen. Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß die Beurteilung der neuen Handelsverträge keine abgeschlossene Affaire von uns aus erreicht, indem wir alle sieben neuen Tarifverträge abgeschlossen haben. Aber den fremden Staaten stellt der Abschluß neuer Verträge untereinander noch bevor und es wäre besser, daß wir dadurch noch weitere Verbesserungen für unsere Verträge erhielten. Jedenfalls waren wir befreit, für unsere Industrie alles unter den gegebenen Verhältnissen Erreichbare zu erzielen. Wir hoffen, daß es ihr gelingen wird, nicht nur sich den erschwerten Verhältnissen anzupassen, sondern daß sie auch tatkräftig und umsichtig die zahlreichen Handelsverträge für die Ausdehnung des Exportes, die die neuen Handelsverträge ihr bieten, benutzen wird. Wir hoffen, daß auch die Industrie auf die Dauer zum Freunde der neuen Verträge werden wird. (Lebhafte Beifall rechts.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Sonntag abend 1 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber die Stellung der Frau in Gegenwart und Zukunft sprach Lili Braun am 9. Februar in der „Sozialwissenschaftlichen Abteilung“ der Wissenschaft der königlichen technischen Hochschule. Die Sitzung, zu der auch eine größere Anzahl Damen erschienen war, fand im Charlottenburger Kasino statt. In großen Zügen schilderte Frau Braun die unzulässige Einwirkung der Maschine auf das Hauswesen aller Art. Nicht irgend eine Frauenbewegung sei die größte Emanzipatorin der Frauen gewesen, sondern jene große gewaltige Macht, die wie ein Riese hineintrat in das Menschengeschlecht und mit eisernen Armen alles umklammerte, was Arbeitskraft besaß. Sie habe die Arbeit im Hause, wie sie sich früher vollzog, zum großen Teil dort überflüssig gemacht, und bedürfte der Frau außerhalb des Hauses. Von den 8 1/2 Millionen erwerbstätiger deutscher Frauen, die 1895 festgestellt wurden, seien nicht weniger als 5 1/2 Millionen Proletarierinnen. Während die Proletarierinnen ausschließlich durch die Not in die Industrie hineingetrieben seien, wäre unter den Frauen der bürgerlichen Kreise ein Freiheits- und Selbständigkeitsdrang erwacht, der unter anderem auch darauf beruhe, daß sie mehr und mehr den Wert einer eigenen freien Persönlichkeit erkannten. Es zeige sich hier eine fortschreitende sittliche und geistige Befreiung. Ein packendes Bild entwarf Rednerin von den Lebensverhältnissen der Arbeiterinnen und von den schädlichen Einflüssen der Unterernährung und Ueberanstrengung auf das kommende Geschlecht. — Aus den bürgerlichen Frauenberufen griff sie besonders den der Lehrerinnen und den der Bühnenfünftlerinnen heraus, um unter Berücksichtigung einwandfreier Zahlen zu zeigen, wieviel es auch da in rein wirtschaftlicher und in sozialer Beziehung zu bessern gäbe. Was habe weiter die Ehe von heute aus den Frauen gemacht. Sie sei in den bürgerlichen Kreisen zumeist ein jämmerliches Geschäft. Was Wunder, daß sie zerissen sei und nichts zu tun habe mit dem großen Ideal der Liebe. Nach einem kurzen Ueberblick über die Rinderbewertung der Frau, auch im bürgerlichen und öffentlichen Recht, warf Rednerin die Frage auf: Wie steht es mit der Zukunft? Wie mit dem Wege zur gänzlichen Befreiung der Frau? Da sei besonders der Weg, den die Frauenbewegung aller Kulturländer eingeschlagen habe. Indessen, was die Frauenbewegung erreichen könne, sei nur etwas beschränktes, wenn auch von Bedeutung für die fernere Entwicklung! Sie könne eine andere privatrechtliche und öffentlich rechtliche Stellung der Frauen herbeiführen, sie könne der bürgerlichen Frau noch eine Anzahl Verufe öffnen, aber die Frauen einer wirklich menschenwürdigen Zukunft entgegenzuführen, das könne sie nicht. Es bleibe immer die Abhängigkeit der Frau vom Unternehmertum übrig, die Lohnfäbrikeri mit allen ihren schlimmen Schäden, das tiefste Problem der Frauenbewegung wie der sozialen Bewegung überhaupt. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft, die notwendigerweise aus der heutigen Wirtschaftsweise erwachsen müsse, werde auch die Befreiung der Frau vollendet werden, und die Frau werde dann die Führerin, die Erzieherin, die Freundin der Kinder und die Hauptarbeiterin an der Entwicklung des Menschengeschlechts sein. (Lebhafte Beifall.) Es entspann sich eine recht animierte Debatte, in

der von verschiedenen Seiten Einwände gegen die Ausführungen der Referentin erhoben wurden, im einzelnen sowohl, als auch gegen ihren sozialistischen Standpunkt. Zwei Herren, die ihrem „Empfinden“ in recht persönlicher, herabsehender Art Ausdruck gaben, fanden bei der Mehrheit energigen Widerpruch. Dem einen wurde das Wort entzogen. Von anderen Rednern wurde dagegen der Referentin weitgehende Anerkennung zuteil, wenn man sich auch mehr oder minder dem Sozialismus gegenüber ablehnend verhielt. — Genossin Braun antwortete in ihrem Schlußwort, das starken Eindruck machte.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am 6. Februar seine Generalversammlung ab. Dieselbe war sehr gut besucht und die Diskussion eine äußerst rege, ein Zeichen, daß die Mitglieder lebhaftes Interesse an der Organisation und Entwicklung des Vereins nehmen. Nach dem Bericht der Vorsitzenden und Kassiererin wurde letzterer Decharge erteilt. Die Renoual des Vorstandes ergab: Zu Vorsitzenden Frau Stock und Fraulein Peteret, zur Schriftführerin Frau Zeppler, zu Kassiererin Frau Klotz und Frau Steinbock und zu Beisitzerinnen Frau Kulicke und Frau Jordan. Die Diskussion behandelte im wesentlichen den weiteren Ausbau des Vereins. Frau Teske hält es für besonders wichtig, daß die Mitglieder selbst rege Agitation betreiben. Für sie gibt es keinen Grund, der die Arbeiterfrauen vom Verein fernhalten könne. In diesem Sinne äußerten sich noch mehrere Rednerinnen. Frau Bengels und andere Mitglieder sehen im Gegensatz zu diesen Ausführungen unendliche Schwierigkeiten in der materiellen Not der Frau und in dem doppelten Gebundenheit als Hausfrau und Arbeiterin. Es folgte dann eine lebhaft erörterte über einen von Frau Kühnemann gestellten Antrag, welcher den Verein aufforderte, Wanderversammlungen zu veranstalten. Nach langer Debatte wurde der Antrag angenommen.

Die nächste Versammlung findet am 27. Februar statt. Schriftsteller Waage spricht über: „Die Entwicklungsgeschichte des Weltalls und der Erde.“ Am Sonntag, den 19. Februar, feiert der Verein sein 6. Stiftungsfest in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20. Aus dem Programm heben wir hervor: Festrede: Dr. Georg Gradnauer; Gesang: Frau Gertha Weipelt; Rezitation: Dr. Emil Geyer.

Adlershof. Der Verein für Frauen und Mädchen hält am Montag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale von Wöllstein, seine ordentliche Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautet: Vortrag der Frau Zeeke über: „Das kleine Gehirn der Frau.“ Renoual des Vorstandes. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Frauen und Männer als Gäste herzlich willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, im Bürgerlaale des Rathhauses, Eingang Königsstr. 15—18: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung.“ — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schul-Aula, Kl. Frankfurterstr. 6: Versammlung. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Geibke: „In deiner Brust find meines Schicksals Sterne.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, im großen Saale von B. Franke, Sebastianstraße 30: Beschließende Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Weiße Dultung legitimiert.

Verein ehemaliger Gütergöher zur Bekämpfung der Tuberkulose. Sonabend abend 9 Uhr im Ruckershaus, Kaiser Wilhelmstr. 18a: Sitzung. Vortrag des Fraulein Dr. Bogodjinski um zahlreiche Besuch der Mitglieder und Gäste bitten. Der Vorstand.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 11. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus, Urdine. Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen. Deutsches. Die Brüder von Santh Bernhard. Berliner. Des Meeres und der Liebe Wellen. Lessing. Nebeneinander. Westen. Die neugierigen Frauen. Radim. 2 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Zentral. Die Jurdelrat. Radim. 3 Uhr: Däumelchen. National. Der Freischütz. Neues. Ein Sommernachtsstraum. Thalia. Der Kilometerfresser. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Im Hafen. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Die Haubenleiche. Kleines. Angèle. Abschied vom Regiment. Residenz. Hotel Compagnon. Lustspielhaus. Der Familienrat. Trianon. Die glückliche Waise. (Houzaux.) Deutsch-Amerikanisches. Rio Vorl. Lulu. Don Juan. Kasino. Heirat auf Probe. Metropol. Die Herren von Maxim. Belle Alliance. Der beste App. Carl Weiss. Geld und Name. Radim. 4 Uhr: Hänsel und Gretel. Apollo. Berliner Luft. Madammen Robl-Arend-Hansen-Schilling. Spezialitäten. Passage-Theater. Lucia Krall. Anf. 5 Uhr. Herrnsfeld-Theater. Prinz Leub in Albed. Palast. Wie man Weiber fesselt. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Seltener Sängers. Urania. Taubenstraße 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis. Im Hofaal abends 8 Uhr: Dr. B. Donath: Licht und Farbe. Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtsstraum. Sonntag: Ein Sommernachtsstraum. Montag: Der Graf von Charolais. Dienstag, Mittwoch: Ein Sommernachtsstraum. Bernhard Rose-Theater. Gesundheitsheim, Sudstr. 58. Heute: Geschlossen. Morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Onkel Bräsig. Abends 7 Uhr: Der Hausdrache. Voranzeige! Montag, 20. Febr.: Große Benefiz-Extravertstellung für Emmy Behrens-Carlson. Zur Aufschwung gelangt: Das Mädchen von Geibronn.

Urania, Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis. Hörmaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Licht und Farbe.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62. P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Neu! Rosa Wedsted, das finnlandische Mädchen!!! 2 Meter 30 cm groß! Das Erwachen des Poseidon!

Kleines Theater Anfang 8 Uhr. Angele. Vorher: Abschied vom Regiment. Sonntag: Angele. Der Bär. Montag: Die Neuvermählten. Abschiedssouper. Dienstag, Mittwoch: Angele. Der Bär.

National-Theater Weinbergsweg 19. Sonnabend, den 11. Februar 1905: Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag, nachm.: Figaros Hochzeit. Abends: Fiddio.

Zentral-Theater Abends 7 1/2 Uhr: Die Juxheirat. Operette in 3 Akten von Jul. Bauer. Musik von Franz Lehár. Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat. Sonnabend 4 Uhr: Däumelchen. Sonntag 3 Uhr: Der Bachelorette.

Luisen-Theater. Gastspiel des Theaters des Westens: Don Juan. Sonntag, nachmittags: Daniel. — Abends: Dorf und Stadt. Montag: Doppelrats Erben.

Apollo-Theater. Täglich: Berliner Luft von Paul Lincke. Dazu die Februar-Attraktionen mit dem Madammen Robl-Arend-Hansen-Schilling. Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 3 Uhr (ermäßigte Preise): Penas auf Erden und „Verfolgungsdreuen“ Robl-Arend.

Kasino-Theater. Lohringergasse 37 (Rosenthaler Tor.) Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Konzert. Heirat auf Probe. Vorher das vollst. neue Programm. Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.

Schiller-Theater Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Im Hafen. Drama in 3 Akten von Georg Engel. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Pension Schöller. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft. Montag, abends 8 Uhr: Im Hafen.

Zirkus Busch. Fortsetzung der Großen Ringkampf-Konkurrenz. N. 7500.— Geldpreise in bar! Ehrenprofessoren: Herr Professor Reinhold Vegas. Jch Pedersen (Dänemark) gegen Sali Zulliman (Türkei) Mimable de la Calmette (Frankr.) . Josef Zueifal (Böhmen) Emil Ritschle (Berlin) . van Dem (Holland) Georg Altmann (Berlin, Amateur) . Hans Lang (Bayer) (Beginn der Kämpfe gegen 8 1/2 Uhr.) Seltens der Berliner Amateure Herren Max Schneider, Georg Altmann, Hermann Gensch, Albert Hein, welche jetzt in Kopenhagen sämtliche Preise in der Konkurrenz mit den ersten dänischen Athleten erlangen haben, sind

Herausforderungen an die Ringer des Zirkus Busch ergangen, welche jetzt fortlaufend zum Austrag kommen. Außerdem mit noch nie dagewesenem Erfolge die große Ausstattungsfeier Herr Burkhardt-Boottis, Schutzeiler, „Chips“, engl. Vollblut, Sprung von ebener Erde über 8 Pferde mit Reiter. Herr Ernst Schumann, Artillerie-Regiment von 8 Fußhöchsten in Freiheit. Austritt des Italiener Sigur Magrini und die vorzüglichsten Programm-Nummern.

Voranzeige. Am Donnerstag, den 23. Februar 1905, findet eine Gala-Fest-Vorstellung statt, deren Gesamt-Ertrag dem Zentral-Komitee des Deutschen Roten Kreuzes für seine Tätigkeit in Südwest-Afrika und Ostasien zugewandt wird. Billetts sind schon jetzt an der Kasse sowie im Anwalts-Büro und bei H. Berthelmann zu haben. — Preise der Plätze: Logenplatz R. 20.—, Parquet R. 10.—, Balkon R. 8.—, I. Rang R. 3.—, II. Rang R. 2.—. Alle Ermäßigungen sind aufgehoben. Avis! Morgen Sonntag 2 große Vorstellungen: Nachmittags 4 und abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags 4 Uhr: Die Löwenbraut. Abends 7 1/2 Uhr: Katharina II. und Ringkampf-Konkurrenz.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68. Zum Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp: 82. New-York Male: Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise. Ueber'n grossen Teich.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Die glückliche Gilberte. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm.: Das erste Gebot. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16. Wegen Privatbesprechung geschlossen. Sonntag: Der Bußflege oder: Die Nacht der Arbeit. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Hotel Pompadour. Schwan in 3 Akten v. Anthonis Ward u. Leon Karol. Deutsch d. N. Schönau. Sonntag, 12. Februar, nachmittags 3 Uhr: Der selige Toupinol.

Skala-Theater. Vinteustr. 132 (a. d. Friederichstr.) An der Grenze, oder: Verjähren. Posse mit Gesang in einem Akt. Großer Boxer-Kampf (sowie 30 internat. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Vor der Vorstellung: Konzert.

Hasenheide Neue Welt. Arnold Scholz. 108—114. Heute sowie täglich: 1903. Großes bayrisches Bockbierfest nach echt bayrischen Sitten und Gebräuchen. Georg Ehrngruber, Festwirt. D'Oberlandler (30 Mann in Nationalkostüm). Nürnberger Bratwurst-Glök'le 30 bayrische Mad'ln. Anfang: Wochentags 7 Uhr. | Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 4 | Sonntags 50

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3. Täglich: Großes Urbock-Jubelfest. Internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung. Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Metropol-Theater Zum 100. Male: Die Herren von Maxim. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Inszeniert vom Direktor Richard Schultz. Henry Bender. Josef Giampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritz Massary. Das Fest des Lichts. (Ballett.) Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Zirkus Schumann. Heute Sonnabend, den 11. Februar, abends präzis 7 1/2 Uhr: XVI. Grande Soirée. High Life Gala-Programm und Reue Début. Ferner: Die beliebte jugendliche Schutzeilerin Jof. Dora Schumann. Neu! Der Heldentenor zu Pferde. Neu! Mons. Cremo Hoffmann. — Miss Stickey. Neu! Der Bernhardsiner Neu! — Sund als Kunstretter! Neu! Clown Steffi mit sein dreifertigen Tieren. Ferner: Sämtl. Spezialitäten u. Direktor Albert Schumanns neueste Monstr.-Dressuren. Um 9 1/2 Uhr: — Einzig dastehender Erfolg — Die große Schumannsche mit märchenhafter Pracht inszenierte Ausstattungs-Pantomime: Eine Nordlandreise.

Passage-Theater. Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. Wochentags 5, Sonnt. 3 Uhr. Lucia Krall, die berühmte Gesangskünstlerin. Smeralda und Senitza, atonalische Längerinnen. Ueberleben alles, was bisher in diesem Genre auf irgend einer Berliner Variété-Bühne gesehen wurde. Jacques Bronn, Tanzhumorist. 14 erstklassige Nummern.

Eine Nordlandreise. Im Strahle der Mitternachtssonne. Komisch-phantastische Pantomime in 7 Akten. Besonders hervorzuheben: Der fernhafte weiße Akt. Sonntag: 2 gr. Vorst. Radim. 8 1/2 Uhr (ein Kind frei): Marotte, gr. Ausstattungspantomime. Abends 7 1/2 Uhr: Eine Nordlandreise.

Carl Weiß-Theater. Or. Frankfurterstr. 132. Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung: Hänsel und Gretel. Ab. 8 Uhr (nur noch wenige Aufführ.): Gold und Name. Sonntag, nachm. 3 Uhr (Parquet 50 Pf.) zum umbeirrlich letztenmal: Senta Wolfsburg. Ab. Gold und Name.

Palast-Theater. Burgstr. 22. früher Feen-Palast. 8 Uhr: Das epochmachende Februar-Programm. 9 1/2 Uhr: Koptität! Der größte Erfolg. Wie man Weiber fesselt. Militär-Gesangssposse von Keilinger, Verfasser von „Kaiser Gabel“, „Düfel Tönn“, „Die einst im Rat“. Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert. Entree 50 Pf. Die Vorstellungen finden trotz der Ausstellungen abendlich statt! Verzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassapreise.

Gebrüder Herrnfeld - Theater.

Der bisher unübertroffene lachlustigste Herrnfeld-Schlager mit seinen stürmisch bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck

Schwank in 3 Akten mit den Kuroten in den Hauptrollen.
Magnus Prinz Levy:
Donat Herrnfeld.
Präsident, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Billettkorrek. 11-2 Uhr.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.

KONZERT.
Der dumme Nag u. der kluge Hans.
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.

Nach jeder Vorstellung im Kaiserjubiläum:
Tanz.

WINTERGARTEN.

Anfang 8 Uhr.

SAHARET

und die ausgezeichnet. Kräfte d. neuen Februar-Programms.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Sonntags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Wichtiges für den Nummer. Glücken sind stets zu haben vorher zu haben

Sanssouci.

Kottbusser Tor - Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:

Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag und
Mittwoch:
Theater-Abend.

Otto Pritzkowski

Almormitäten - Ausstellung
Münzstraße 10.
2. u. 3. Etage, Berlin

Die **Riesin Ilona**, 485 Pf. schwer,
die schwerste Dame, die je gelebt.

**Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!**

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 85.

Das großartige Februar-Programm.
Sehen Hören
Stauen
und weiter empfehlen.
Volksgarten - Theater
(früher Weimann).
Sonnabend, den 11. Februar 1905:
Maschinenball
des
Rauchklubs „Borussia“.



W. Zapel
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen. [19102]

Ziehung am 15., 16., 17. und 18. Februar 1905.

Wohlfahrts-Lose

zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete
Nur Geldgewinne ohne Abzug
a Mark 3,50, Porto und Liste 30 Pf. extra,
empfiehlt gegen Postanweisung oder Nachnahme

Hugo Rendelmann
Berlin SW., Friedrichstr. 205, zwischen Mauer- u. Zimmerstrasse.
Garantierter Versand obiger Lose.

Bilz Bilz Bilz Bilz

Naturheilstaht Dresden-Radebeul. Luis. Götterheilstaht. Sonne-, Luft-, elektr. Licht-, elektr. Wasser-, Dampf-, Kohlensäure-, Pack-, Massage, Heilgymnastik, Massage, Heilgymnastik, Massage, Heilgymnastik.	Naturheilstaht Tausende verdankt demselben ihre Genesung. 1 Million Expl. schon verkauft. 3 Hefen, 2000 Seit. 1900 Abbild., Tafeln 15 Mod. d. menschl. Körper. Preis 25 Mk. Zu bez. d. Bilz Verlag, Leipzig. Teilzahlung. Ausf. Prosp. frei. Wasserzeichen geschützt.	Zukunftstaht Allen Menschen v. ein sorgloses Dasein gesichert. Die wirkliche Lösung d. soz. Frage. Viele Anerk. Schreiben liegen vor. 900 Seit. Fr. brosch. 1. 3.50, geb. 4.4.50.	Hausschatz 4. Eilung u. d. Wissens lehrb. Engl., Französisch, Russisch, Stenogr., Physik, Chemie usw. 4000 Seiten. 1700 Abbild. 135 Tafeln. 5 Hefen, je für sich separat. Fr. 1.12 Mk.
--	---	---	--

Lustspielhaus

Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonntag nachmittags:
Das Lumpengefindel.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.

Bestellungen n. Nach. tabell. Kund. in eigener Werkstatt.
Spezial-Geschäft

für Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg

An der Jannowitzbrücke 1.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Martha Müller
sage ich allen Freunden, Bekannten und Genossen, insbesondere der Abteilung V des Berliner Konsumvereins und dem hiesigen Naturheilverein meinen herzlichsten Dank.
20365
Mag Müller.

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter, sowie für die Beteiligung an unserer Unterstützung sagen wir allen Freunden und Bekannten hiermit unseren aufrichtigen Dank.
20476
Charlottenburg im Februar 1905.

Albert Stahlberg
nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, unseres lieben Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels
Franz Rothe

sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Sangesbrüdern vom Gesangsverein „Vorbertram 1879“, den Mitgliedern und Kollegen der Musikvereine „Union“ unseren tiefsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Luise Rothe geb. Hoffstein.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den zweiten
Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Am Mittwoch, den 8. Februar, verstarb unser Mitglied, der
Heinrich Matthey.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes (Rantzig) aus statt. 20362
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Verband d. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigt. Arbeiter

Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Wilhelm Kampehl
am Mittwoch, den 8. d. M. nach kurzem Krankenlager verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit, Eingang Birkenstraße, nach dem Himmelstischhof in Nordende statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

General-Versammlung

der Vertreter der Teilnehmer für die Mitglieder der
Orts-Krankenkasse
der
Gelb- u. Zinngießer
findet am Sonntag, den 19. Febr. er., vormittags 1/10 Uhr, im Lokale des Herrn **Wolfschläger**, Waldstr. 21, statt, wozu sämtliche Vertreter hiermit eingeladen sind.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Protokolle. 2. Berichterstattung der Jahresrechnung pro 1904 und Dechargeerteilung. 3. Beschließendes.
Berlin, den 10. Februar 1905.
20335
Der Vorstand.

Zentralverein deutscher Göttdler.

(Filiale Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
August Müller
am 8. Februar nach langem Leiden an der Schwindsucht verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes, Nieder-Schönhauser aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
30/1
Der Vorstand.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Heinrich Uebermann
am 7. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Marxus-Kirchhofes (Wilhelmshagen) aus statt. 67/10
Die Ortsverwaltung Berlin I.

Verband der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle II Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 8. Februar starb nach langem Leiden unser Mitglied
Fritz Schermer
im noch nicht vollendeten 31. Lebensjahre.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 1/2 Uhr, vom Jerusalemer-Kirchhof, Rixdorf, Hermannstraße aus statt.
30/13
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Hierdurch mache ich allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau
geb. v. Kiszwalter
am 8. d. Mts., mittags 12 1/2 Uhr, von ihren Qualen erlöst worden ist.
20316
Der tiefbetrübte Gatte
A. Hoffmann.
Berlin, den 9. Februar 1905.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle der Bürgergemeinde (Wilhelmshagen) aus statt.

Dr. Simmel, Prins-

Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18.

Veteranenstr. 1-2.

Heute und folgende Tage:

Grosser

Handschuh-Verkauf.

Handschuhwäsche
Paar 10 Pf.

Damen-Glacé-Handschuhe

In Ausstattung in allen Farben Paar 1 25

Damen-Glacé-Handschuhe

In Lammleder, farbig, mit eleg. Aufsicht Paar 1 50

Damen-Glacé-Handschuhe
zurückgesetzt,
weil kleine Fehler
Paar 58 Pf.

Damen-Glacé-Handschuhe
mit Druckknöpfen,
schwarz, farbig, gris-
perle, weiss
Paar 95 Pf.

Zum Einheitspreis von 1.85 M.

Ein Posten Damen-Glacé-Handschuhe durchgefärbt.

Ein Posten Damen-Glacé-Handschuhe mit Seidenfutter.

Ein Posten Damen-Glacé-Handschuhe Ziegenleder, Stepper.

Ein grosser Posten

Samtflanel- u. Velour-Blusen

Serie I	II	III
95 Pf.	2.45	2.75

„Gesellschaftshaus Ostend“

Inh.: Paul Litfin

Memeler-Strasse 67. Fernsprecher: Amt 7, 1075.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine Säle und Vereinszimmer zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten. Jeden Sonntag: Gr. Rail bei gut besetztem Orchester. 19492
Paul Litfin.

General-Versammlung

der Vertreter der Teilnehmer für die Mitglieder der
Orts-Krankenkasse
der
Gelb- u. Zinngießer
findet am Sonntag, den 19. Febr. er., vormittags 1/10 Uhr, im Lokale des Herrn **Wolfschläger**, Waldstr. 21, statt, wozu sämtliche Vertreter hiermit eingeladen sind.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Protokolle. 2. Berichterstattung der Jahresrechnung pro 1904 und Dechargeerteilung. 3. Beschließendes.
Berlin, den 10. Februar 1905.
20335
Der Vorstand.

Möbel-Fabrik „Stern“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Die diesjährige
General-Versammlung
findet am 5. März 1905, vormittags 9 Uhr, in unserem Geschäftsal, Marktstraße 18, statt.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Geschäftsjahr 1904.
2. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
3. Beschließendes.
Die Bilanz liegt zur Einsichtnahme für die Genossen im Geschäftsal aus.
20326
Der Vorstand.
Keller, Kornely, Geschäftsführer, Kassierer.

Zentr.-Verband d. Dachdecker

Filiale Berlin.
Am Sonntag, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weimstr. 11: 54/3
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Anstellung eines Beamten. 2. Antrag Räter, die Versammlungen für fernerehin an Sonntagen abzuhalten. 3. Neu- bzw. Ergänzungswahlen.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Die Ortsverwaltung.

Nathan Wand

129 Skalitzerstr. 129.
Die schönsten
Herren-Winter-Paletots
und Anzüge in neu, sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Skalitzerstr. 129.
Hochbahnstation Kottbusser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.
Sonntag bis 2 Uhr geöffnet.

Josef Fischer

Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preis ab Platz:
Santens, Halbsteine p. St. nur 75 Pf.
Santens, Salou-Brik. 6 o. 7) nur 20 Pf.
Anna, Adler, Mario
Santensberger la Henckels Werke G. ob. 7 Zoll, nur 90 Pf.
lisse, Salou-Briketts billig.
Frei Keller pr. St. 10 Pf. mehr.
Bruch, Steinkohlen, Koks, Holz zu billigsten Preisen. 113981
60 Handwagen verleihe zu Robben.

Für die ausständigen Bergarbeiter

gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

- Verband der Zappeleer 300.—, Sparverein Kattelle, Urbonstraße 5,70, Sammlung v. Herrn Bötzger 110,70, etc.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Ufer 15, vorm. 9-1 und nachm. 4-8 Uhr.

Für Berlin sind die Gelder, welche mittels der Post eingehen, an A. Köstlin, Engel-Ufer 15, zu richten.

Der Aufsicht der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berichtigung. Auf Wunsch des Herrn A. Kriele sind die im „Vorwärts“ Nr. 33 veröffentlichten 55,35 M. folgenden zu bezeichnen: Gewerkschafts-Mitglied König-Winterhausen 30.—, etc.

Partei-Nachrichten.

Das Straßentum der Arbeiterbewegung wurde im Monat Januar mit 3 Jahren 7 Monaten und 3 Wochen Gefängnis und 2500 Mark Geldstrafen bestraft.

Der Bericht des Parteivorstandes der badischen Sozialdemokratie über das Jahr 1904, der dem in den nächsten Tagen stattfindenden badischen Parteitag unterbreitet wird, gibt einen Beweis umfassender und erfolgreicher Arbeit.

Die Gemeindevahlen des Jahres 1904 haben der Partei wieder eine Reihe von Erfolgen gebracht. Die Zahl unserer Vertreter auf den Rathhäusern in Baden dürfte jetzt 1000 überschritten haben.

Soziales.

Badische Landeszentrale für Arbeitsnachweis.

Die vom Verband der badischen Arbeitsnachweise mit Unterstützung der Regierung geschaffene Landeszentrale für Arbeitsnachweis, deren Funktionen der allgemeinen Arbeitsnachweis-Anstalt in Karlsruhe übertragen worden sind, hat ihre Tätigkeit begonnen.

Vormünder mittelsofer Mängel, die sich der Pflichten ihres Amtes bewusst sind, müssen im Interesse ihrer Mündel nicht nur ihre Zeit aufwenden, sondern sehen sich häufig ohne Aussicht auf Erfolg zu baren Auslagen genötigt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis, Hansviertel. Dienstag, Abend 8 1/2 Uhr ist eine Versammlung in der Roabiter Beuanerei, Turmstr. 25, 26, Genosse Reichstags-Abgeordneter Frähdorf spricht über: „Deutschland in der Welt voran?“

Sechster Wahlkreis. Morgen Sonntag, abends 6 Uhr, findet im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt.

Achter Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt). Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Verolima-Sälen, Schönhauser Allee 28, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt.

Friedenau. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Kaiser Wilhelm-Garten eine Volksversammlung mit einem Vortrag des Genossen Dr. David über den Augen und die Bedeutung der Konsumvereine statt.

Französisch-Buchholz. Am Sonntagnachmittag 3 Uhr findet in nächstes Lokal eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Albrecht Hille-Berlin über: „Die Revolution in Russland“ einen Vortrag halten wird.

Wilhelmsruh. Dienstag abends 8 1/2 Uhr findet in Liebermanns Saal, Kronprinzstraße, eine Volksversammlung statt.

Tempelhof-Neuendorf. Sonntag, abends 5 Uhr, hält die Arbeiter-Bildungsschule Berlin im Tempelhofer Hof, Verlinerstraße 50, eine Versammlung ab.

Friedrichshagen. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Eiskeller eine Volksversammlung statt.

Grünau. Sonntag nachmittags 5 Uhr findet bei Duchaufour, Köpenickerstr. 79, eine öffentliche Versammlung statt.

Lokales.

Sigismundstraße 3.

Wie Adolf Menzel einen Eingrängling zur Kaiserin brachte, darüber schreibt und der „Aktivisierte“ selbst: Nicht ohne Beweigung erinnere ich mich bei der Nachricht vom Tode Menzels meiner ersten Begegnung mit ihm.

Es war vor etwa drei Jahren, als ich dem lebhaften Verlangen entsprechend, den Altheimer in seiner Werkstatt schalten und walten zu sehen, ihn bei der Arbeit zu belauern, mich auf den Weg machte, um mich bei ihm als Modell vorzustellen.

Nachdem ich gleich beim Betreten des Hauses Sigismundstr. 3 ein kleines Intermezzo mit dem Portier erlebt - der Mann schrie mir nach, ich solle die Haustüre hinter mir zumachen, und ich antwortete ihm, erbot sich durch die Unhöflichkeit seines Tones, dazu wäre er da - stürmte ich im Seitenflügel vier lange, steile Treppen hinauf.

Ran stand ich atemlos vor der schlichten Tür mit dem fast ärmlichen kleinen Schilde „A. Menzel“ auf dem linken Treppensinn.

Nichts regte sich. Ich studierte die von den Modellen herrührenden Krügelchen an den Wänden. Es waren Joten und Gemeinheiten. „Menzel ist ein alter Annoncer“, „Gauner“ und dergleichen mehr.

Ein fragender, forschender Blick aus grauen strengen Augen ruhte auf meinem Gesicht. Wortlos unterzog die Erzzeleus jodam den Klingelzug einer eingehenden Prüfung.

„So stark dürfen Sie daran nicht ziehen! Das geht nicht! Ich höre es auch, wenn Sie leise klingeln!“ „Verzeihung, Erzzeleus!“ „Was wünschen Sie?“

„Ich bin Modell.“ „Ich möchte mein Gesicht dem großen Kruzifester zuwenden, während der Meister summt, vor sich hinsturmelnd, mein Profil prüft.“

„Kommen Sie herein!“ Ich folgte über einen dunkeln Korridor. Drei, vier Stufen führten in das Atelier, einen großen, dunkelrot getünchten Raum, mit einem die halbe Längswand einnehmenden Fenster.

Der Künstler kramte und suchte in Gedankenarbeit versunken unter all dem Gerümpel herum. Er trug große graue Filzspantinen, eine graue Toppe mit grünen Aufschlägen und in der Farbe dazu passendes Köppl.

Zeit Gesicht, abgesehen von der verschiedenen Partikeln, erlummerte mich an Josen.

Ein schrilles Klingeln riß mich jäh aus meiner stillen Betrachtung. Der Meister brumnte und eilte ärgerlich nach der Korridortür.

„Sie sind mir dumme gekommen, weil ich Ihnen nachrief, Sie sollten die Tür zumachen!“ Menzel sah mich grimmig an.

„Verzeihung, Erzzeleus!“ hob ich an, mich zu verbeugen. „Ich vermutete, die Tür schloße von selbst.“ „Es steht doch angeschrieben, man möchte die Tür leise zumachen!“

„Ja wohl!“ fiel der Portier ein. „Ich hab's ihm ja noch nachgerufen!“ „Sie sind ja ein ganz unverschämter Mensch!“ schnappte mir die kleine Erzzeleus auf mich los.

„Nachen Sie, daß Sie hinwegkommen! — Solche Leute kann ich nicht brauchen.“ Ich mußte wirklich meinen Hut nehmen und die Tür von draußen zumachen.

Es werden ja nun viele Anekdoten über den Altheimer aufgetaucht. Diese hier hat den Vorzug, daß sie wahr ist und einen ungefähren und nicht entstellten Beitrag zur Charakteristik des bedeutenden Künstlers liefert.

Menzels Beisehung. Die jetzt festgesetzt ist, wird die Trauerfeierlichkeit für Adolf v. Menzel am nächsten Montag in der Hofkirche des alten Museums stattfinden, worauf sich der Trauerzug am Dome vorbei, die Linden entlang nach der Bergmannstraße zum Alten Dreifaltigkeits-Kirchhofe begeben wird.

Kaiser Wilhelm II. Wie berichtet wird vor Kurzem, daß Wilhelm II. auch einer Münchener Deputation gegenüber seiner Feindschaft gegen die moderne Richtung in der Kunst Ausdruck gab.

Nachträglich sei noch einer Mitteilung gedacht, welche die „Berliner Morgenpost“ über die bekanntlich in Gegenwart des Kaisers vor sich gegangene Eröffnung der Automobiliausstellung brachte:

„Das sonderbarste von allem war wohl ein starkes Angebot von... Schulleuten! Ihre breiten Rücken sperren den Kuppelssaal ab, in welchem der Herzog von Ratibor eine von Byzantinern triefende Begrüßungsansprache an den Kaiser richtete.“

Wie aus anderen Notizen hervorgeht, hat Prinz Heinrich von Preußen, der Protoktor der Ausstellung, den Wunsch an Entfernung des Publikums zuerst ausgesprochen.

Die „Post“ jammert in einem politischen Artikel herzerweichend darüber, daß bürgerliche Geschäftsleute in sozialdemokratischen Blättern anoncierren.

Ein faures Amt, und heut zumal! An diese Worte aus den „Meisterlingen“ erinnert eine Verfügung, die von der Schuldenstation an die Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen der hiesigen Gemeindevorschule erlassen worden ist.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

Man lasse einen intelligenten Gemeindevorsteher einmal zu Hause erzählen, was der Lehrer am Geburtstag des Kaisers den Kindern alles aufzählte oder vielmehr aufzählen mußte.

nicht befragt. Ein 28-jähriger Russe Nikolai Rodinski, der fliehend deutsch spricht, begleitete das junge Paar als Dolmetscher. 25.000 Rubel in Gold trug der Ehemann in einer Geldbörse, die er sich um den Leib geschnallt hatte, an Gepäcks wurden neun Stücke mitgeführt. Das Paar wollte zunächst den europäischen Kontinent und dann Amerika bereisen. Gestern nachmittags fuhr er auf dem Bahnhofs-Friedrichstraße vor und stieg im Hotel de Russie ab. Der Dolmetscher, der schon längere Zeit in der Familie des Ehemannes verkehrt hatte, erhielt seine Zimmer neben dem Gemächern des Paares. Gleich nach der Ankunft legte von Koralew seine Geldbörse auf den Tisch seines Zimmers. Nach der Umkleidekabine mußte Herr v. Koralew auf einen Augenblick das Zimmer verlassen. Als er zurückkehrte, war seine junge Frau fortgegangen. Auch die Geldbörse war nicht mehr vorhanden. Zunächst dachte der junge Ehemann an nichts Böses. Als ihm aber seine Frau zu lange ausblieb, wurde er unruhig und begann, alles abzusuchen. Jetzt machte er die unliebsame Entdeckung, daß sie samt der Geldbörse und dem Dolmetscher verschwunden war. Gewissheit brachte ihm schon der Gedächtnis, den er im Zimmer des Dolmetschers fand. Dieser hatte den Auftrag gehabt, alle Gepäcksstücke auf einen Schein schreiben zu lassen. Der Schein aber, den er im Zimmer fand, enthielt nicht neun, sondern nur vier Stücke, gerade nur die, in denen sich die Sachen des Ehemannes befanden. Da das städtische Pärchen die anderen fünf Stücke hier auf dem Bahnhof aufgegeben und schnell wieder abgeholt hat, oder schon unterwegs nach einer anderen Station hatte laufen lassen, ist noch nicht festgestellt.

Einen Selbstmordversuch im Hotel beging vorgestern nachmittags ein 35 Jahre alter Kaufmann Georg Rüdiger, der Sohn eines Kaufmanns aus Königsberg i. Pr. Er kam vorgestern aus seiner Heimat hier an und stieg in der Nähe des Anhalters Bahnhofes ab. Vorgestern nachmittags um 6 Uhr hörte ein Hausdiener einen Schuß fallen und fand den Gast mit einer Wunde in der rechten Schläfe in seinem Zimmer auf dem Stuhle sitzen. Ein Arzt ließ den Schwerverwundeten in ein Krankenhaus bringen. Rüdiger hatte nur wenig Gepäcks und keinen Pfennig Geld mehr. Was ihn zu dem Selbstmord an sich veranlaßt, ist nicht bekannt. Gestern morgen fragten seine Eltern in dem Hotel telegraphisch an, ob ihr Sohn dort angekommen sei.

Ein Pfennig Kapital. Im Jahre 1903 gründete ein Herr Walter Alberti die „Erste Deutsche Dachschäden-Versicherungsgesellschaft“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Gegenstand des Unternehmens war nach den Statuten die Instandhaltung von Dächern im Jahresabonnement und die Ausführung jeder Dacharbeit. Der Vorstand der Genossenschaft bestand aus dem kaufmännischen Direktor Alberti und einem technischen Direktor. Das Betriebskapital sollte aus dem Genossenschaftsvermögen bestehen und dieses durch Eintrittsgelder, Einzahlung auf die Gesellschaftsteile usw. gebildet werden. Die Grundlage bildeten einstufigen 30 Mark, die Herr Alberti besaß. Aber dieser Kapitalmangel war nicht schlimm. Der Gedanke, der dem Unternehmen zugrunde lag und von dem kaufmännischen Direktor in der Versammlung vorgetragen wurde, erwies sich so zugräftig, daß gleich 5000 Mark und mehr eingingen, die aber in die Tasche des Herrn Alberti wanderten. Die versicherten Dachschäden wurden natürlich kaum jemals repariert. Die Folge dieser Wirtschaft waren Klagen der Abonnenten und Anzeigen bei der Polizei. Bei einer von der Kriminalpolizei vorgenommenen Durchsicherung der Räume fanden die Beamten in dem großen Geldschrank einen einzigen Pfennig. Alberti war nicht da, wurde aber abends in der Wohnung seines Schwagers verhaftet.

Verfahrenen ist seit einigen Tagen der acht Jahre alte Gerhardt Wehrens, der in Karlsruher, Köllingerstraße 16 bei seinen Eltern wohnte. Der Knabe wurde zuletzt in der Nachbarschaft beim Spielen beobachtet; er ist kenntlich durch eine große Narbe an der linken Seite des Kopfes und hat schwarze Augen und Haare. Bekleidet war er mit dunklem Anzug und grauer Mütze. Wer etwas über den Verbleib des Kindes weiß, wird gebeten, dem nächsten Polizeirevier oder dem Vater Mitteilung zu machen.

Feuerbericht. Einer seltenen Ruhe hatte sich die Feuerwehre in den letzten 24 Stunden zu erfreuen. In der Nacht zum Freitag erfolgte nur ein einziger Alarm und zwar nach der Prinzessstr. 13, wo im Erdgeschoß in einer Wohnung Gardinen und Kleidungsstücke in Flammen standen. Der 11. Löschzug konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Auch im Laufe des gestrigen Freitags dauerte die Ruhe an. Nur zwei Alarmierungen liefen ein. Sie führten den 19. Zug nach der Leipzigerstr. 39 und den 18. Zug nach der Müllerstraße 13. In beiden Fällen handelte es sich um Kellerbrände, deren Abloschung in kurzer Zeit erfolgen konnte. — Außerdem wurden noch in der Friedrich-Wilhelmstr. 8 und in der Poststr. 13 Sauerstoffapparate verlangt.

Vorträge über das Invalidengesetz. Um eine möglichst genaue Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes in weite Kreise der Bürgerschaft hineinzubringen, läßt der Vorstand der Landesversicherungs-Anstalt Berlin durch seine Beamten Vorträge in Vereinen von Arbeitgebern und Versicherten halten. In die Vorträge schließt sich eine Erörterung, in deren Verlauf von den Vortragenden, so weit möglich, Auskunft über Fragen erteilt wird, die aus der Mitte der Versammlung gestellt werden. Der Vorstand der Landesversicherungs-Anstalt Berlin hat an größere Vereine ein Rundschreiben erlassen und viele Vereine haben der Anregung Folge gegeben.

Hunde-Ausstellung. Zu der am nächsten Sonntag und Montag in den Räumen des „Luisenhof“ zu Berlin, Dresdenerstr. 34/35, stattfindenden Hunde-Ausstellung des Jagdhundvereins Berlin sind zahlreiche Meldungen eingelaufen. Vor allem wird der in Deutschland populärste Hund, der Terrier, in fast 150 Exemplaren vertreten sein. Auch der in Jägerkreisen so sehr geschätzte deutsche Kurzhaarige Vorstehhund hat nach 100 Vertretern gestellt. Die in ihrem langen seidigen Haarkleide so vornehm wirkenden englischen Vorstehhunde werden sich in bisher in Deutschland noch nicht gesehener Zahl und Güte zeigen und sind darunter auch von dem Auslande gesandte hervorragende Hunde.

Hörspernjüngerin Marie Knäuper Egli hat sich außer Schönen Widen-New York für den musikalischen Teil des Dugo Wolf-Wörde-Abend am 12. Februar (Sonntag) in der Hohenzollernschule, Eisenacherstraße, der Schöneberger Volks-Kunstkommission zur Verfügung gestellt. Für die Regitation ist wieder Dr. Gustav Wang und für den Vortrag Kurt Walter Goldschmidt gewonnen worden. Karten a 30 Pf., auf allen Plätzen sind außer in den bekannten Schöneberger Geschäften zu haben im Verein z. B. d. A. Albrechtstraße 11, Dürerhaus, Kronenstr. 18, und Stahl, Potsdamerstr. 39.

Die Lehrstuhlabteilung des „Zentralvereins für Arbeitsnachweis“, Gormannstr. 13, I. rechter Aufgang, hat seine Tätigkeit für den bevorstehenden Schulabgang wieder aufgenommen. Unter Hinweis auf die guten Erfolge des vergangenen Jahres werden sowohl die Herren Arbeitgeber, wie die Eltern der in der Lehre tretenden Knaben gebeten, Meldungen rechtzeitig an obige Adresse gelangen zu lassen. Die Vermittlung ist für beide Teile kostenlos.

Trepow-Sternwarte. Jetzt bietet sich Gelegenheit, die Herkunft der alten Sage, daß ein Rabe in der Sonne sitzt, durch eigene Beobachtung zu prüfen. Auf der Sonne ist ein Fleck aufgetreten, der bereits mit unbewaffnetem Auge deutlich gesehen werden kann. Es wird daher ausnahmsweise die Trepow-Sternwarte von Freitag, den 10. an auf einige Tage bereits um 10 Uhr vormittags geöffnet und werden die Flecke mit ihren Nadeln mit dem Hiesig-Refraktor bis Sonnenuntergang gezeigt. Abdoman wird die Beobachtung bis 6 Uhr und dann der Mond bis 10 Uhr abends beobachtet. Am Sonntag, den 12. d. Mts. spricht Direktor Archenhold nachmittags 5 Uhr über „Weltanschauung und Himmelskunde“ mit besonderer Berücksichtigung der Rolle, welche Sonne und Mond in Sage und Religion spielen. Das Thema des Siebenhundert-Vortrages lautet „Der Mond im Trepow-Refraktor“, und für den Montag-Vortrag abends am 13.: „Die Fixsterne“.

Theater. Im Luisen-Theater ist heute ein Gastspiel des Opern-Theater des Westens. Aufgeführt wird Mozarts „Don Juan“. — Im Schiller-Theater O. (Wallnertheater) geht Sonnabend, den 11. Februar, das Schauspiel „Im Hafen“ von Georg Engel zum erstenmal in folgender Besetzung in Szene: Clas Trübs: Franz Nolan. Hedwig: Eise Waha. Jarner: Leopold Thurner. Heinrich: Georg Wälsche. Pastor Heiden: Max Patzegg. Mutter Trübs: Agnes Berner. Die Regie des Stückes führt Woldemar Runge. — „Der beste Tip“, die neue Ausstattungsschöpfung des Belle-Alliance-Theaters, geht heute Sonnabend zum erstenmal in Szene. In den Hauptrollen werden beschäftigt sein die Damen Mauci, Dora, Wradyslaw und die Herren Paulmüller, Sondermann, Müller, Winkler, Reif und Wolf.

Aus den Nachbarorten.

Spandau.

Aus der Stadtverordnetenversammlung in Spandau. Nach der Einführung des neugewählten Stadts. Holz II (1. Abteilung) schritt die Versammlung zur Wahl eines besoldeten Stadtrats an Stelle des Herrn Hübner; gewählt wurde der Gerichts-assessor Reichardt, zurzeit juristischer Hilfsarbeiter beim hiesigen Magistrat. — Der Schuletat wurde auf 703.080,88 M. festgesetzt, nachdem der Magistrat nachgegeben und sich mit der von den Stadtverordneten beschlossenen Anstellung von Schulärzten ab 1. April dieses Jahres einverstanden erklärt hatte. Hieran wurde in die Beratung des Hauptetats eingetreten. Einleitend gab der Oberbürgermeister den gefällig vorgeschriebenen Bericht über den Stand der städtischen Angelegenheiten. Die Einwohnerzahl habe im verflochtenen Jahr um etwa 1000 zugenommen, sie betrage jetzt 87.188; die Zahl der Geburten dagegen um 800, die Sterbefälle um 200 und die Heiratungen um 179 gegen das Vorjahr zurückgegangen. Das Vermögen der Stadt betrage 3/4, die Schulden 8 Millionen Mark; der umfangreiche städtische Grundbesitz repräsentiere aber allein an unbauten Grundstücken einen Wert von 30 Millionen Mark. Trotz eines Ausfalles von 31.000 M. an Personalsteuern sei infolge der im übrigen erzielten Mehrerträge zu erwarten, daß das zu Ende gehende Etatsjahr mit einem kleinen Ueberschuß abschließen werde. Rummel wurde in die Diskussion über den Etatsentwurf eingetreten. Der Antrag des Etatsauschusses, der von unserer Seite durch Krieger verteidigt und von den Stadtverordneten Hilde, Baumert, Grätzel usw. bekämpft wurde, und der die Wahl eines besser gelehrten Votalschiffes als „amtliches Publikationsorgan“ an Stelle des „Spd. Fgl.“ verlangte, wurde abgelehnt. Sehr lebhaft wurde es in der Diskussion über die Steuerfestsetzung für das nächste Jahr. Die Versammlung entschied sich für 190 Proz. (bisher 200 Proz.) Personalsteuer, 3,5 M. pro Wille Grundsteuer (bisher 3,6 M.) und für 220 Proz. Gewerbesteuerzuschlag. Den Gewerbesteuerklassen III und IV soll gemäß einer Anweisung der Regierung der Betrag der Warenhaussteuer nicht im vornherein, sondern erst im letzten Steuerquartal gutgebracht werden. Die endgültige Festsetzung des Hauptetats soll in nächster Sitzung erfolgen. Zum Schluß nahm die Versammlung nach kurzer, lebhafter Debatte zwei Anträge Müller-Halbeder an, welche die Schaffung von Radfahrwegen neben der Schönwalder Chaussee und neben dem Gatenfelder Weg, zwischen genannter Chaussee und der Streifstraße, verlangen.

Schöneberg.

Die Schöneberger Orts-Krankenkasse wird sich zur Unterbringung ihrer Bureaus in nächster Zeit ein eigenes Haus errichten, da passende Mieträume zu einem annehmbaren Preise schwer zu haben sind. Als Bauplatz ist in Aussicht genommen das Grundstück Grunewaldstr. 42 (zwischen Eisenacher- und Martin-Lutherstraße). In der am Donnerstag abend stattgefundenen Generalversammlung erklärten sich die Delegierten mit einem solchen Antrage des Vorstandes einverstanden und setzten eine Kommission ein, die dem Vorstände bei Ausarbeitung der Pläne usw. zur Seite stehen soll. Der Kasse gehören jetzt 15.000 Mitglieder an, die bei ca. 3000 Arbeitgebern beschäftigt werden. In den Bureaus sind zurzeit 19 Beamte tätig.

Zu der bekannten Schularzt-Affäre in Schöneberg haben nun auch die beiden hiesigen Vereine Stellung genommen, von denen seinerzeit teilweise die Hege gegen den Schularzt Dr. Goldfeld ausgegangen ist. Der Zentralverein selbständiger Handels- und Gewerbetreibender sollte dem Magistrat seine volle Anerkennung für sein Verhalten in der betreffenden Angelegenheit. Koch weiter ging der „Gastwirtsverein“ von Schöneberg, der in seiner letzten Versammlung einstimmig beschloß, dem Magistrat ein „Huldigungsschreiben“ zugehen zu lassen, in dem besonders folgende Sätze erwähnenswert sind. Es heißt da: „Als Bürger Schönebergs und Vertreter eines der größten Gewerbebezirge unserer Stadt protestieren wir gegen das Verhalten der Stadtverordneten, welche nahe daran waren, einem bei der Gemeindeverwaltung tätigen Bürger für den ihm vererbte Invidiositäten noch ein Vertrauensvotum auszusprechen. Durch dieses Verhalten könnte leicht jeder besoldete oder unbesoldete Gemeindebeamte angezogen werden, ihm in seinem Ressort bekanntgewordene Angelegenheiten zu veröffentlichen, die hierzu nicht geeignet sind. Wir stehen voll und ganz auf dem Boden der Magistratsbeschlüsse und sprechen ihm für die korrekte und feste Haltung unseren besten Dank aus. Wir bedauern lebhaft, daß unser Herr Oberbürgermeister so geschäftigen Angriffen ausgesetzt war und versichern ihm unserer aufrichtigsten Sympathie usw.“ — Was sagen denn nun die Herren zu der Ernennung des Schularztes Dr. G. zum Armenarzt? Nach den eigenen Ausführungen des Oberbürgermeisters bedeutet dies doch eine besondere Ehre des Schularztes Dr. G.

Unserem Genossen Stadtverordneten Hoffmann in Schöneberg ist bereits die Vorladung zur Vernehmung in der Beleidigungssache des Oberbürgermeisters vom königlichen Amtsgericht II am 25. Februar zugegangen.

In Charlottenburg ist die nächste Arbeitslosenzählung am Sonntag, den 26. Februar. Sie wird in der bisherigen Weise ausgeführt; die Arbeitnehmer-Verseher des Kuratoriums für den städtischen Arbeitsnachweis ersuchen um zahlreiche Beteiligung.

Ablershof.

Die Gemeindevertretung hatte am Donnerstag eine reichhaltige und auch für den Steuerfiskus der Einwohner bedeutsame Tagesordnung zu erledigen. Die Etatsberatung wird nächsten zeigen, ob ohne Erhöhung des Steuerzuschlages für das Jahr 1905/06 auszukommen ist. Trotzdem die Festsetzung auf Erhöhung des Zuschlages nicht ganz grundlos ist, wurde den Anträgen der Behörde sowie der Gemeindebeamten auf Erhöhung der Gehälter stattgegeben, da diese Angehörten unter den heutigen teuren Lebensverhältnissen nicht ausreichend besoldet und auch gegenüber den Gehaltsverhältnissen der Nachbarorte sowie der Vororte Berlins stark benachteiligt sind. Zum Zwecke der Bewässerung des Drees wurde ein Statut angenommen, nach welchem die Gemeinden Ablershof, Alt-Glienide und Grünau einen Zweckverband bilden; es ist zu hoffen, daß neben der Entwässerung auch die Bewässerung richtig gefördert wird. — Dem Bau einer elektrischen Straßenbahn zwischen Berlin und Schmödowitz längs der Kreischaussee steht die Gemeindevertretung sympathisch gegenüber; es wurde zu empfehlen gegeben, daß die Gemeinde nicht abgeneigt ist, nach Lage ihrer Finanzen Aktien zu übernehmen. — In die Gesundheitskommission wurde unser Genosse Hildebrandt gewählt.

Unbekannter Selbstmörder. Am 6. d. M. ist in Mühlensee ein etwa 55 Jahre alter unbekannter Mann erhängt aufgefunden. Derselbe ist von mittlerer Figur, hat graumelierte Haare, blaue Augen und rötlichen Schmutzbar. Bekleidet ist derselbe mit zwei Paaren Hemden und solcher Unterhose, grauwollenen Strümpfen, schwarzem

Stoffjacket, graufarberter Jacke und Weste, schwarzem Stoffhosen, schwarzem Vorhemde, grauem Halsstuch, schwarzen Halbschuhen und schwarzen weichen Hülst. Bei der Leiche wurde eine Brille, drei Schlüssel, ein Messer, ein Taschentuch, ein Portemonnaie und eine Uhrkette mit Kapsel gefunden. Recognoszenten werden ersucht, sich beim Gemeindevorstand Mühlensee zu melden.

Berichts-Zeitung.

Ein Totschlag in der Laubentkolonie

beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Menz. Der angeklagte 45 Jahre alte Arbeiter Rudolf Sauer hat eine etwas bewegte Vergangenheit hinter sich und ist auch schon mehrfach verurteilt worden. Er hat hier wiederholt bei Siemens u. Halske gearbeitet, dann aber die Baubereitschaft bekommen und sich einige Zeit in Baku in Südrussland aufgehalten. Er hat dann auch seine Ehefrau und seinen Sohn dorthin kommen lassen; da diese aber das Klima nicht vertrugen konnten, kehrte er nach Berlin zurück. Als Ankenden hatte er sich ein breites, sogenanntes Türkenjoch mitgebracht, welches gestern als corpus delicti auf dem Gerichtstische lag. Seit etwa einem Jahre arbeitet der Angeklagte bei der Firma Otto Mansfeld u. Co. in der Hollmannstraße. Er ist in nächsterem Zustande ein ganz gefälliger, ruhiger Mensch, er betraut sich aber sehr häufig namentlich Sonnabends und Sonntags. Er soll manchmal bis zu einem Liter Schnaps getrunken haben und dann sehr häufig jähzornig gewesen sein und häufig auch ohne Anlaß auf seinen Sohn eingeschlagen haben. Seine Frau hat er schon seit etwa drei Jahren verloren. In der Laubentkolonie an dem „Verlorenen Weg“, in der Nähe des Ringbahnhofes Landsberger Allee, hatte Sauer eine Laube, in welcher er im Sommer mit seinem Sohne häufig übernachtete. Am 22. August v. J. hatte er nach Feierabend eine in der Hollmannstraße belegene Schankwirtschaft besucht und war dann gegen 9 Uhr mit der elektrischen Bahn in seine Laubentkolonie gefahren. In der benachbarten Laubentkolonie „Eintracht“ trank er Bier und einige Schnäpse und wollte dann in seine Laube gehen. Unterwegs begegnete ihm zwei Radfahrer, denen er sich in den Weg stellte, so daß sie nicht weiter fahren konnten. Ein fremder Mann stellte der Angeklagten zur Rede und berückte ihm, als er angegriffen wurde, eine Ohrspeiche. Nun holte Sauer sein Schwert aus der Laube und warierte auf den Fremden. Dieser kam in Begleitung eines anderen Laubentkolonisten noch unbehelligt an ihm vorbei, hinter ihnen ging der keine huldige Arbeiter Ernst Riedmann, der dem Angeklagten nichts zu Leide getan hatte. Kaum hatten die beiden vorausgehenden Personen ihre Laube erreicht, als sie einen Auffreier hörten und den Riedmann blutüberströmt zu Boden stürzen sahen. Der Angeklagte hatte ihn mit dem Schwerte scharf über den Schädelschlag geschlagen. Derbeileidene Laubentkolonist stürzte sich auf Sauer und schlugen ihn zu Boden, es gelang ihnen auch mit großer Anstrengung, ihm das Schwert zu entwenden. Bei dieser Raubgare hat er einige Wunden erhalten, die er sich später im Krankenhaus Friedrichshagen verbinden lassen mußte. Dorthin wurde auch Riedmann in bewußlosiem Zustande gebracht. Er hatte auf der rechten Kopfseite eine bis auf die Stirn reichende 15 Zentimeter lange, 2 Zentimeter tiefe flachende Wunde, aus welcher das Gehirn herausquoll. Am 31. August verstarb er an der erlittenen Verletzung. — Der Angeklagte behauptete im Termin, daß er sinnlos betrunken gewesen sein müsse, da er von allen Vorgängen in der Laubentkolonie absolut nichts wisse, sondern eine völlige Lücke in seinem Gedächtnis sich zeige. — Rechtsanwält Horn, der dem Angeklagten als Verteidiger gestellt war, machte für diesen geltend, daß er ein stark minderwertiger Mann sei, der bei der Tat zweifellos stark unter den Einwirkungen des Alkohols gestanden habe. Die Geschworenen versagten dem Angeklagten mildernde Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 6 Jahre Zuchthaus, das Gericht erkannte auf 4 Jahre Zuchthaus.

Vermischtes.

Von der früheren Kronprinzessin von Sachsen wird berichtet, daß sie sich wieder verheiraten will; ihr zukünftiger Gatte solle der Gra Carlo Cicciardini, der Sohn des Eigentümers der Villa Papianti in der die Gräfin wohnt, werden. Die Hochzeit solle schon in Frühjahr stattfinden. Der nach Florenz im Auftrage des Königs von Sachsen entsandte Justizrat Dr. Körner soll lediglich Verhandlungen führen, die darauf hinzielen, daß die kleine Prinzessin Monica nach der Hochzeit ihrer Mutter nach Dresden zum König zur Erziehung gebracht wird. Von anderer Seite wird gemeldet, daß „zur Verhütung weiterer Skandale“ die Gräfin Montignoffo h eine Heilanstalt gebracht werden soll; sie sei geistig minderwertig.

Die Universität Jena wird am 2. Mai, abends 7 Uhr, im großen Saale des Volkshauses der Karl-Heinrich-Stiftung eine Gedächtnisfeier zu Ehren Ernst Abbes veranstalten. Die Gedächtnisrede hält der Physiker Professor Dr. Winkelmann.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Zypressenunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

— S. G. Unendlich oft, wohl gegen hundert Mal haben wir darauf hin gewiesen, daß die Kasse eine Schwundkasse und daß schleunigst, der Statuten entprechender Aktivist zu raten sei. Da Sie den Rat nicht befolgt haben, so werden Sie, falls Sie nicht etwa bei dem Eintritt minderjährig waren oder besondere Einreden haben, zahlen müssen. — W. Rein

Marktpreise von Berlin am 9. Februar. Nach Ermittlungen des Igl. Pollen-Gründlams. Für 1 Doppel-Zentner: Belgien**), gute Sorte 17,00—17,57 M., mittel 17,54—17,51 M., geringe 17,48—17,45 M. Roggen**), gute Sorte 13,90—13,89 M., mittel 13,88—13,87 M., geringe 13,86—13,85 M. Ruttengrille**), gute Sorte 16,40—15,20 M., mittel 15,16 bis 13,90 M., geringe 13,80—13,70 M. Gerste**), gute Sorte 16,40—15,70 M., mittel 15,60—14,90 M., geringe 14,80—14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Erbsenschoten, weiße 50,00—30,00 M. Bohnen 60,00—30,00 M. Runkelrüben 10,00—8,00 M. Weichrüben 0,00—0,00 M. Hen 0,00—0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 5,50—3,80 M. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 9. Februar. Elbe bei Kaulzig + 2,10 Meter, bei Dresden + 0,90 Meter, bei Nagelsburg + 2,33 Meter. — Uffert u. be Strauchfurt + 2,25 Meter. — Oder bei Ratibor + 2,36 Meter, bei Breslau Ober-Begei + 3,38 Meter, bei Breslau Unter-Begei + 0,91 Meter, bei Frankfurt + 2,25 Meter. — Elbe bei Brahmensee + 4,46 Meter. — Havel bei Wosen + 1,48 Meter. — Rega bei Witz + 1,47 Meter.

Witterungsüberblick vom 10. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	10. Febr.			11. Febr.			Temp. u. W. d. Tag	
	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Witterungscharakter	Baromet. hoch mm	Windrichtung	Witterungscharakter		
Swinemünde	768	SB	3 heiter	—	—	—	—	
Danzburg	769	SB	3 bedeckt	0	Petersburg	755	S	1 bedeckt
Berlin	770	SB	2 wolkenl.	—	Seilly	772	SB	1 halb bb.
Kanarien A.M.	773	SB	1 wolkenl.	—	Aberdeen	765	SB	3 wolflg
Wien	775	SB	5 bedeckt	—	Paris	772	7	2 bedeckt
Wien	774	SB	1 wolkenl.	—	—	—	—	

Wetterprognose für Sonnabend, den 11. Februar 1905. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden; später aufklaren und etwas kälter. Berliner Wetterbureau.

Sturmwarnung. Wegen eines an der norwegischen Küste befindlichen tiefen barometrischen Minimums, das mit nördlichen westlichen Winden ostwärts fortzuschreiten scheint, ist heute mittag die ganze deutsche Küste — von Vorkum bis Bismarck — leitens der Seewarte gewarnt worden. Berliner Wetterbureau.